



Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung, Erziehung
Studiengang Berufspädagogik
für Soziale Arbeit, Sozialpädagogik und Kindheitspädagogik

DIE „FRIDAYS FOR FUTURE“-BEWEGUNG ZWISCHEN SCHULPFLICHT UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Bachelorarbeit

Vorgelegt von:

Josephine Könecke

am 27.01.2023

an der Hochschule Neubrandenburg

Erstprüfer*in: *Prof. Dr. Claudia Vogel*

Zweitprüfer*in: *Prof. Dr. Jutta Helm*

URN: urn:nbn:de:gbv:519-thesis2022-0428-7

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Einleitung	2
1. Geschichtlicher Hintergrund	4
1.1. Grüne Protestbewegungen.....	4
1.2. Gründung „Fridays for Future“.....	11
1.3. Generationalität.....	17
2. Ziele und Motivation	22
3. Strukturelle Organisation der Bewegung	28
3.1. Protagonist*innen.....	28
3.2. Aufbau und strukturelle Gestaltung.....	31
3.3. Protestformen und -aktionen.....	35
4. Rechtliche Situation und Problematiken	40
5. Lehrer*innenperspektive und -positionierung	46
6. Fazit	50
7. Quellenverzeichnis	52

Einleitung

Eine Gruppe an jungen Schüler*innen und Heranwachsenden bestimmt seit 2018 den öffentlichen Diskurs über Klimawandel, Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Die Thematik hat für sie solch Relevanz, dass sie dafür gewillt ist, nicht in die Schule zu gehen und stattdessen ihre Forderungen in Form von politischem Protest Ausdruck zu verleihen. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Häufung von Naturkatastrophen, die sich immer stärker häufen, erwartet sie adäquates Handeln von Menschen in Entscheidungspositionen. Mediale Aufmerksamkeit erhält die Gruppe um die Schwedin Greta Thunberg, aber weit weniger aufgrund der Thematik oder strengen Maßnahmen, die sie durchsetzen will, sondern wegen des Schulstreiks. Der öffentliche Diskurs ist bestimmt von diversen Meinungen, die sich auf bestimmte Gesetzmäßigkeiten berufen, meist auf Schulpflicht oder Versammlungsfreiheit.

Vor diesem Hintergrund befasst sich diese Arbeit mit der Frage, was Fridays for Future als junge Bewegung charakterisiert und inwiefern die gewählte Protestform vertretbar ist.

Im ersten Teil der Arbeit werden die gesellschaftlichen Gegebenheiten erläutert, die es der Bewegung ermöglichten, sich global auszubreiten und Millionen von Menschen zu mobilisieren. Hierzu werden die geschichtlichen Hintergründe determiniert, die verdeutlichen, welche Entwicklungen der Umwelthistorie das heutige Zeitgeschehen und der Umweltschutz, wie er heute definiert wird, geprägt haben. Fokus liegt hierbei auf grüne Protestbewegungen und welche Veränderungen diese seit dem ersten Aufkommen bis heute durchschritten haben. Der zweite Teil der geschichtlichen Hintergründe widmet sich der konkreten Entstehung der Fridays for Future-Gruppierung in Schweden und beleuchtet die fortschreitende Bewegung weltweit und konkret in Deutschland. Es werden verschiedene Faktoren hervorgehoben, die diesen Prozess beförderten und auch, in welche Ursachen die Stagnation der Entwicklung in den letzten Jahren bewirkt haben. Im Teil 1.3. wird analysiert, inwiefern das Phänomen der jungen Aktivist*innen charakteristisch für ihre Generation, der Gen Z, ist. Es werden deren Merkmale und Besonderheiten herausgestellt und Parallelen zu der sozialen Bewegung gezogen.

Der zweite Teil beinhaltet die Zielsetzungen der Gruppe, ihre konkrete Zielgruppe, auf welchen Grundlagen die Protestierenden ihre Forderungen aufgebaut und inwiefern sie konkrete Überlegungen zu deren Umsetzung ausgearbeitet haben. Um zu veranschaulichen, wie situationsspezifisch diese Ausführungen gestaltet sind, werden die Maßnahmen, die konkret fürs Bundesland Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet wurden, auf

Besonderheiten untersucht. Die praktische Realisierbarkeit wird im Anschluss thematisiert. Darauf folgt die Darstellung von direkten Zielen, Meinungen und Motivationen von Demonstrationsteilnehmenden.

Der dritte Gliederungspunkt umfasst die strukturelle Gestaltung. Hierbei wird im ersten Teilthema auf Protagonist*innen und Gesichter der Bewegung eingegangen und inwiefern sie diese in ihrer Entwicklung beeinflussten. Im Anschluss wird auf die Organisation innerhalb der Klimaschützer*innen eingegangen: wie sich die einzelnen Ortsgruppen verhalten, wer Entscheidungsgewalt ausüben kann und was charakteristisch für ihre Struktur ist. Des Weiteren wird die Zusammensetzung Protestteilnehmender analysiert, diese soziodemographisch dargestellt und Bezug auf die Besonderheiten der Klimaschützer*innen genommen. Der folgende Punkt der Protestform beinhaltet theoretische Bezüge zu dieser Art politischen Handelns und weist auf die Relevanz kollektiver Identität hin. Zudem wird der Ablauf typischer Freitagsdemonstrationen dargelegt und die Relevanz von Schulen und internen Kommunikationsnetzwerken dargelegt. Abschließend befasst sich dieser Abschnitt mit einer kurzen Zukunftsprognose die Protestform Schulstreik betreffend und möglichen Weiterentwicklungen.

Die rechtliche Debatte wird im vierten Teil aufgegriffen und beinhaltet gesetzliche Grundlagen und deren Interpretation. Strukturell wird in diesem Punkt zuerst auf die rechtlichen Motive für die Durchsetzung der Schulpflicht und auf andere Argumente gegen den Streik der Aktivist*innen eingegangen. Daran gliedern sich die gesetzlichen Vorgaben, auf die sich die Schüler*innen und deren Sympathisant*innen berufen. Mögliche Konsequenzen und wie die Situation meist in der Praxis gehandhabt wird folgen im Anschluss. Nach der rechtlichen Einordnung befasst sich der abschließende Teil mit der individuellen Positionierung von pädagogischen Fachkräften. Es werden Gründe für und gegen die Befürwortung des Schulstreiks aufgelistet und inwiefern die Haltung der Lehrer*innen in dieser Debatte auch Ursprung in generationalen Unterschieden haben kann.

Das Fazit fasst die wichtigsten Hauptargumente zusammen.

1. Geschichtlicher Hintergrund

Der Mensch lebt seit jeher im Einklang mit der Natur, macht sich seine Umweltfaktoren zu Nutze, verändert seine Umgebung und redigiert dabei stetig sein Wissen, als auch die, sich über Jahrtausende entwickelnden, Technologien, Praktiken und Methoden.

Die Umweltgeschichte untersucht die Modifikation sozionaturaler Zusammenhänge, also das Verhältnis zwischen Mensch und Natur – der Relation zwischen gesellschaftlichen und ökologischen Hergängen. Dabei wird die Frage in den Mittelpunkt gestellt, inwieweit sich der Mensch mit dem Rest der Natur in Beziehung setzt. Der Neologismus „sozionatural“ verdeutlicht in diesem Kontext, dass Soziale und Naturale nicht als voneinander getrennt betrachtet werden, aber wiederum auch nicht streng miteinander verbunden sind. Hiermit wird zum Ausdruck gebracht, dass Prozesse, gesellschaftliche und ökologische in Korrelation, zu beobachten und zu interpretieren sind. Der Mensch betrachtet sich als biologisches Wesen, zugleich als Teil der Natur, als auch als eigenständiges, soziales und kulturelles Individuum, was ihn von der Natur abhebt und unterscheidet. So ist das Verhältnis aus Mensch und Natur dialektisch und daher offen für Komplikationen und Störungen dieser Beziehung (vgl. Kupper 2021: 15).

Um die Entstehung und den Entwicklungsprozess der Klimabewegung Fridays for Futures nachvollziehen und analysieren zu können, muss man sich auch mit den gesellschaftlichen und kulturräumlichen Grundbedingungen auseinandersetzen. Dass ältere Generationen mit Protesten der 70er und 80er Jahre bereits das Thema Umweltschutz zum Mittelpunkt der öffentlichen Debatte machten, ebnete den jungen Aktivist*innen den Weg. Um die Intention und Hartnäckigkeit für ihre Ziele erfassen zu können, muss die Lebenswelt der Schüler*innen in einen generationellen Kontext gerückt werden. Denn Fridays for Future ist nicht nur eine Bewegung, die durch ihre jungen Mitglieder*innen geprägt wird, auch die Bewegung selbst hat großen Einfluss auf die Generation Z.

1.1. Grüne Protestbewegungen

Zu Anfangs wird, im Kontext der Umweltgeschichte, die Entwicklung des Umweltverständnisses, wie wir es heute definieren, thematisiert. Dazu sind geschichtliche Ereignisse bedeutend, die auf diesen Prozess maßgeblich einwirkten. Das Verhältnis zwischen Mensch und Natur hat sich, vor allem in den letzten Jahrhunderten stark gewandelt: die Erderwärmung schreitet stetig voran, wir befinden uns in einer Energiekrise und

die negativen Folgen der Globalisierung sind selbst für die westlichen Gesellschaften nicht mehr zu ignorieren. Dementsprechend laut sind die Forderungen nach Veränderung, nach einem Umschwung in unserer Gesellschaft. Auch wenn das Thema Umweltschutz für viele Teile der Bevölkerung erst in den vergangenen Jahren immer präsenter wurde, setzten sich doch bereits vor Jahrzehnten junge, grüne Bewegungen für Natur und Umwelt ein. Ihre Forderungen vertraten sie auf Protesten, Kundgebungen und groß angelegten Demonstrationen, womit sie die Geschehnisse ihrer Zeit prägten und positive Veränderungen bewirken konnten.

Soziale Bewegungen, zu denen auch Umweltbewegungen zählen, definiert der Forscher Joachim Raschke wie folgt:

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegende sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“ (Raschke 1988: 77).

Er macht dabei auch deutlich, dass das Wir-Gefühl, die symbolische Integration, auf der Differenzierung zwischen Personen, die sich für die Bewegung aussprechen und anderen, die sich dagegen positionieren, basiert. Unter anderem äußert sich dies in spezieller Mode, in Umgangsformen oder spezifischer Sprache. Des Weiteren erläutert Raschke, dass durch die geringe Rollenspezifikation multiple und variable Partizipationsformen realisierbar sind. Da sich soziale Bewegungen meist ohne feste Mitgliedschaften organisieren, entsteht nur eine minimale Ausdifferenzierung und Zuschreibung von Positionen innerhalb (vgl. ebd., S. 78). Grundlage für solche Organisationsformen scheint die Identifikation von einzelnen Personen mit der Situation oder den Interessen einer größeren Gemeinschaft zu sein. Aus dieser Lage entwickelt sich eine kollektive Identität, sowie Gruppensolidarität, aber auch Abgrenzung zu, beispielsweise, anderen Personenkreisen. Um den Protest beständig zu machen und weitere Individuen für die Bewegung zu gewinnen, ist es unabdingbar, dass diese in sich selbst organisiert ist und eine spezifische Infrastruktur erschafft. Bei diesem Prozess liegt der Fokus auf der Mobilisierung von wichtigen Ressourcen, sowie der Planung qualifizierter Strategien. Auch ist es sinnvoll, die Unterstützung der Öffentlichkeit oder weiterer Gruppierungen für sich zu gewinnen. Um dies zu erreichen, muss es der Bewegung außerdem gelingen, ihre Agenda, die Themen, für die sie sich einsetzt und die Grundlagen, auf denen der Protest beruht, zu formulieren und die eigenen Ziele zu äußern. Dabei sind überzeugende Problemdiagnosen effektiv, sowie die ihnen zugrundeliegenden Ursachen. Auch müssen

Lösungsvorschläge dargereicht werden, um eine Perspektive zu schaffen. Wichtig ist, dass Außenstehenden verständlich wird, inwiefern die Bewegung zur Realisierung des sich verschriebenen Ziels beitragen kann. Die gesamten Prozesse, die in der Bildung, der Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung innerhalb der kollektiven Aktion ablaufen, unterliegen einem politischen und kulturellen Rahmen, welcher die Möglichkeiten der Entfaltung agitiert (vgl. Nover 2009: 26 f.).

Beschäftigt man sich mit der Entstehung und Progression von grünen Protestbewegungen, müssen auch Veränderungen zwischen Mensch und Natur analysiert werden. Die Umweltgeschichte untersucht gesellschaftliche Entwicklungen in Relation mit den vorherrschenden ökologischen Bedingungen, welche wiederum von stetigem Wandel geprägt sind. In der Vergangenheit versuchten Menschen nicht nur, sich diesem anzupassen, sondern ihn mehr und mehr zum eigenen Vorteil zu suggerieren und zu nutzen. So änderte sich das menschliche Bild von der Natur im Lauf der Geschichte und vollzog eine Entwicklung von nahezu invariabel und passiv, hin zu dynamisch und aktiv. Zwei Faktoren haben dabei in der Vergangenheit bereits destabilisierend auf die sozionaturale Beziehung eingewirkt, die zu einem spezifischen Zeitpunkt an einem bestimmten Ort vorlag. Zum einen können Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur, sowie natürliche Aktivitäten, gemeinsam oder individuell ablaufend, Folgen für das Mensch-Natur-Verhältnis haben. Zum anderen kann dies auch durch bewusstes oder unbewusstes Eingreifen gesellschaftlicher Akteure in deren ökologische Umgebung erfolgen (vgl. Kupper 2021: 24 f.)

In der modernen Epoche der europäischen Historie können drei agitierende Phasen bestimmt werden, in welchen sich das Naturverständnis der Menschen auffallend änderte. In den Jahrzehnten um 1800, der Sattelzeit, prägten diverse charakteristische Phänomene, wie die Aufklärung, der Merkantilismus und die Physiokratie das Bild der Bevölkerung. Auch die damalige Auseinandersetzung mit der aufkommenden Naturgeschichte und der Romantik trugen zur neuen Popularität, sowie zur Hinwendung zur Natürlichkeit bei. Ein Jahrhundert später, um 1900, kam der Thematik um Naturschutz, als auch Hygiene, neue Bedeutung zuteil und wird erstmals als gesellschaftlich relevant angesehen (vgl. ebd., S. 36 f.).

Einen wirklich dringlichen und fordernden Charakter erlangte die Debatte erst ab Mitte der 1960er Jahre. So wurden Konzeptionen und Pläne für nachhaltige Entwicklung geschaffen, denen erhebliche gesellschaftliche Aufmerksamkeit zuteilwurde, die auch dazu beitrugen, dass neue, grüne Protestbewegungen eine große Anhängerschaft verzeichnen konnten (vgl. ebd., S. 37).

In der Zeit, grob zwischen 1980 und 1914, organisierte sich Umweltschutz erstmals in Form einer sozialen Bewegung. In den westlichen Ländern, sowie den europäischen Kolonialgebieten wurden Vereinigungen gegründet, die sich der Bewahrung der Umwelt angenommen hatten, wie beispielsweise der Deutsche Bund für Vogelschutz. Neben nationalen Vereinen bildeten sich auch viele regionale (vgl. ebd., S. 134).

Die ersten Naturschutzbewegungen bildeten sich als Ergebnis der Zeit, in welcher sich Globalisierungsprozesse nicht allein in der Mobilisierung von einer Vielzahl an Personen, sowie Medien, manifestierten, sondern diese auch immer mehr kritischer Reflektion unterlegen waren. In Folge dessen kam es zu großen Unsicherheiten in der Gesellschaft, die der Soziologe Peter Wagner als „erste Krise der Moderne“ bezeichnete. Die rasante Wandlung und der Paradigmenwechsel während jener Zeit führten zu einem Niedergang der Bedeutung tradierter Gewohnheiten und Leitlinien, was wiederum in einem allgemeinen Gefühl von Orientierungslosigkeit resultierte. Zu dieser Zeit werden vor allem Nervosität, Hast, Reizüberflutung sowie Sinnentleerung in der Bevölkerung moniert. Die Furcht vor geistigem Verfall und der neuen Modekrankheit Neurasthenie, welche sowohl in Europa als auch Amerika verbreitet war, wuchs ebenfalls. Der aufkommende Expressionismus galt als kreatives Ventil zur Verarbeitung dieser Eindrücke und konnte einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Die diversen Widrigkeiten ließen die Menschen schließlich immer stärker nach Halt gebendem Sukkurs und einer, sie leitenden, Richtung streben. Aus diesem Gedanken heraus schlossen sich viele den neu aufkommenden sozialen Bewegungen an, wodurch auch der Natur- und Heimatschutz immer populärer wurden. Die Auseinandersetzung mit der Thematik löste gespaltene Gefühle aus, da einerseits die bereits bestehenden Unsicherheiten noch bestätigt wurden, da immer neue Untersuchungen, den Ist-Zustand der Umwelt betreffend, negative Ergebnisse hervorbrachten. Andererseits wurde das Auseinandersetzen mit der natürlichen Umgebung und Natur generell zu einem der Hauptmotive der derzeitigen Sinnsuche, da sich Menschen an ihr orientierten und Rückhalt in ihr fanden (vgl. ebd., S. 135 f.).

Negative ökologische Entwicklungen, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts verstärkt thematisiert wurden, wurden in den folgenden Jahrzehnten immer mehr Teilen der Bevölkerung sichtbar. Dies führte nach und nach auch zunehmend zu öffentlichem Widerstand, wobei Umweltthemen dennoch stets einen vergleichsweise geringen Teil der Proteste in Deutschland ausmachten. In den Jahren zwischen 1950 und 1964 bezogen sich gerade einmal 0,7% der Demonstrationen auf Motive wie Umweltschutz und Atomenergie. Um einiges verbreiteter waren dagegen Themen wie Wirtschaft und Soziales, Demokratie und Autoritarismus, sowie Friedensbewegungen. In den folgenden Jahren,

zwischen 1965 und 1971 sank der Protestanteil für Umweltschutz/ Atomenergie sogar auf 0,5% (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 3). Dabei wurden in den 60er Jahren wichtige Grundsteine für die fast revolutionären Geschehnisse der 70er geschaffen. Hier drangen Informationen und wissenschaftliche Analysen über den Zustand des Planeten an die Öffentlichkeit und wurden der konsumgesteuerten westlichen Bevölkerung immer stärker vor Augen geführt. So beispielsweise die rückläufige Pflanzen- und Tierpopulation, die Rezession der natürlichen Ressourcen, das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, als auch die sich aufweisenden Komplikationen in der Nahrungsmittelproduktion. Es waren also Erkenntnisse aus der Wissenschaft, auf die die Forderungen, die in den 70ern schließlich vehement geäußert wurden, fußten. Eine weitere Belastung für die Menschen stellte das weltpolitische Geschehen dar, was unter anderem stark durch den kalten Krieg und den sich in diesem Zusammenhängen zuspitzenden Verhältnissen geprägt war. So wurde in vielen Ländern stark aufgerüstet und an biologischen, chemischen, sowie auch atomaren Technologien und Waffen geforscht. Demnach war die Tatsache, mit dem Einsatz derlei Kriegsmaterial, die naturräumlichen Gegebenheiten an einem Ort, gravierend zu beeinflussen bzw. zu zerstören (vgl. Kupper 2021: 178). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ökologische Revolution in den Umweltproblemen selbst ihren Anfang nahm (vgl. ebd., S. 180).

Bereits im Herbst 1969 wird in Deutschland die erste Abteilung für Umweltschutz eingerichtet. Unter Umweltschutz werden ab dieser Zeit diverse, bislang getrennt voneinander betrachtete Themengebiete, zusammengefasst, um den größeren Zusammenhang untereinander zu verdeutlichen (vgl. ebd., S. 176). Charakteristisch für die Umweltrevolution der 70er Jahre war das Fehlen eines zentralen Auslösers, der die Geschehnisse prägte. Vergangene und folgende Bewegungen basierten z.B. auf etwaigen Katastrophen oder wurden durch prägende Personen vorangetrieben. Stattdessen bildete sich dieser Protest an diversen Orten fast zeitgleich, sodass die ausgelösten Prozesse sich gegenseitig lancierten und somit auch stetig wuchsen und mehr Anhänger*innen requirieren konnten (vgl. ebd., S. 177). Dies kann schon ab Ende 1960 beobachtet werden, als, motiviert durch ähnliche Phänomene in den USA, wo in den Ballungsgebieten der Städte erste Bürgerinitiativen gegründet wurden (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 3). Zwischen 1972 und 1989 stieg die Zahl der ökologisch motivierten Proteste dann auf ein nie dagewesenes Hoch von bis zu 15,1%. Thematisch orientieren sich Demonstrationen und Forderungen auch an lokalen Auswirkungen der Umweltverschmutzung, wie Gewässer- und Luftverschmutzung und dem Umgang mit Atomenergie. Weitere Schwerpunkte wurden auf Ressourcenerschöpfung und die Grenzen des Wachstums gesetzt (vgl. ebd., S.

4). Die rasante Entwicklung der sozialen Bewegung wurde durch diverse Ereignisse jener Zeit bestärkt, wie etwa durch die Bilder des blauen Planeten aus dem Weltall, Mitte der 60er Jahre. Besonders die 68er-Bewegung und die Auswirkungen des Vietnamkriegs bewegten viele Menschen jener Zeit. Diese und ein Assortiment anderer Faktoren führten zu einem generell wachsenden Bewusstsein für Umweltproblematiken. Auf dieser Veränderung in der Einstellung der Bevölkerung basiert das enorme Wachstum der Bewegung und der damit einhergehenden weitreichenden Veränderungen (vgl. ebd., S. 3). Angefangen mit den ersten Zusammenschlüssen Ende der 60er Jahre, erweiterte sich auch kontinuierlich mit dem Wachstum der Bewegung deren Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands beeinflussten grüne Zusammenschlüsse maßgeblich die Umweltpolitik in der Bundesrepublik – das „Sofortprogramm Umweltschutz“ wurde erlassen (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 3). Des Weiteren wurden allerart Fachabteilungen und Umweltministerien gegründet, eine Vielzahl bedeutender Konferenzen abgehalten und in Folge dessen auch positive Veränderungen in neuen Gesetzen und Verordnungen angeregt (vgl. Kupper 2021: 171). Das neue Politikfeld wurde stark durch zukunftsorientierte Politiker*innen geprägt, mit dem Ziel, die Forderungen aus der Wissenschaft praktisch umzusetzen (vgl. ebd., S. 176). Auf globaler Ebene taten sich breitgefächerte Kommissionen zusammen und eine Vielzahl an Programmen liefen an (vgl. ebd., S. 171). 1970/1971 wurde gesellschaftsübergreifend festgehalten, dass der Schutz der Umwelt die bedeutendste Aufgabe jener Zeit darstellt. Allerdings bestand keine Einigkeit darüber, wie dies praktisch umgesetzt werden sollte, was in den Folgejahren zu Problematiken führen sollte (vgl. ebd., S. 181). Als ebenso schwierig stellte sich die neue Leitlinie der Lebensqualität heraus, welche die Zielvorstellung des wirtschaftlichen Wachstums gesellschaftlich und global ablösen sollte. In der Theorie sollten nachhaltige Entwicklungen und neue Technologien die Erhaltung der Umwelt und die gesellschaftliche Weiterentwicklung zusammenbringen. Nachhaltigkeit wurde zum neuen leitenden Motiv, als die Auswirkungen des Klimawandels stärker in den Vordergrund rückte (vgl. ebd., S. 181). Die Vielzahl an weitreichenden positiven Entwicklungen sowie die gesteigerte Medienberichterstattung über Umweltthemen lassen annehmen, dass es sich bei den Ereignissen der 1970er Jahre um eine umweltpolitische Wende, bzw. ökologische Revolution handelt (vgl. ebd., S. 171 f.). Viele Zielvorstellungen der vorigen Jahre wurden in den 1980ern schließlich erarbeitet und umgesetzt. Viele Entwicklungen wurden durch das bildliche Ausmaß des Waldsterbens befördert (vgl. ebd., S. 182). Dies spiegelt sich auch in den Demonstrationsthemen wider, wo der Umgang mit Chemikalien, die Umweltkatastrophe in Tschernobyl, das

Ozonloch und Treibhausgas effekte, sowie Regenwaldabholzung und auch Waldsterben große Aufmerksamkeit zuteil wurde (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 4). Auf politischer Ebene wurden die Ereignisse aus dem vorigen Jahrzehnt weiter aufgegriffen: grüne Parteien gründeten sich und forderten ein noch stärkeres Vorgehen bezüglich der Umweltthematik. Sie charakterisierten sich in dieser Anfangszeit durch ihre progressive Politik und der Zugehörigkeit des überwiegend linken Spektrums (vgl. Kupper 2021: 182). Die Entwicklungen der vorigen Jahre, angeregt durch die Vielzahl an sozialen Bewegungen, führten dazu, dass eine ökologische Sichtweise und der Blick in eine optimierte, gerechtere Zukunft, sich gesellschaftlich etabliert hatten. Gerade in den Anfangsjahren der Prozesse wurden die Proteste durch die Vorhersage einer baldigen Umweltkrise globalen Ausmaßes angekurbelt. Daraufhin wurde nach neuen, gesellschaftlichen Alternativen gesucht, um besagte Notstände abzuwehren. Hier agierte man nun vermehrt auf lokaler Ebene, als, wie zuvor, globale Probleme angehen zu wollen. So wurden auch vermehrt positive, grüne Veränderungen im Privatbereich thematisiert. Der Blick der in den Bewegungen Agierenden, sowie der vieler Anhänger*innen in der restlichen Bevölkerung, richtete sich auf die Vision einer sanften Gesellschaft, die in kleinen Kreisläufen agiert und überschaubar ist. Auf dieser ideologischen Basis entstand eine vielseitige Alternativkultur, für die Wohngemeinschaften und die Partizipation in Dritte-Welt- und Friedensbewegungen charakteristisch waren. Einige beteiligten sich auch in Umwelt und Anti-Atomkraft-Bewegungen (vgl. ebd., S. 183.). Weniger rasant und umfangreich breitete sich die Bewegung in der damaligen DDR aus, obwohl auch hier Umwelt und Umweltschutz zu einem wichtigen Thema aufstieg. Vor allem die dramatischen realwirtschaftlichen Probleme des Landes, die 1989 letztendlich zum Zusammenbruch des Systems führten, hinterließen eine perniziöse Umweltbilanz (vgl. ebd., S. 182.).

Im folgenden Jahrzehnt mussten Umweltbewegungen einen deutlichen Schwund auf 10,3% im Verhältnis zu anderen Protesten, konstatieren (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 3). Thematisch widmeten sich diese nun diversen lokalen, nationalen und privaten Problematiken, wie der Müllverschmutzung, Verkehrsbelastungen und nachhaltigem Konsum. Übergeordnet nahmen sie Bezug auf die generelle Klimadebatte und forderten auf globaler Ebene die Verabschiedung periodischer Klimakonferenzen. In den 2000ern wurden auf Protesten die aktuellen UN-Klimakonferenzen diskutiert und die Bestimmung ökologischer Maßnahmen verlangt. Zwischen 2010 und 2019 befassten sich grüne Protestereignisse ebenfalls mit Klimakonferenzen, allerdings auch mit diversen nationalen und globalen Umweltereignissen. So entstanden lokale Demonstrationen nachdem 2011 ein Erdbeben in Voelkersen, verursacht durch Fracking in der Region, den Austritt von

Benzol und Quecksilber aus einer Pipeline hervorrief. Ebenfalls führte das Fällen von Bäumen im Rahmen des Bahnprojektes Stuttgart 21 zu Protesten, sowie die Ereignisse um die Besetzung des Dannenröder Forstes im Oktober 2019. Global regte die Fukushima-Katastrophe viele Protestmärsche an und ließ auch in der Bundesrepublik viele Stimmen laut werden, die einen deutschen Ausstieg aus der Atomenergie forderten. Am charakteristischsten und bewegendsten für grüne soziale Bewegungen dieses Jahrzehnts, ist wohl aber das Aufkommen der Fridays-For-Future-Bewegung und deren weltweite Verbreitung. Rückblickend lässt sich festhalten, dass, unabhängig zu welcher Zeit, ein großer Teil der grünen Proteste durch lokale Ereignisse angetrieben wurden und so Heimat- und Naturschutz oft Hand in Hand gingen. Aus diesem und weiteren Gründen verzeichneten die Anti-Atom- und Anti-Kohlekraft-Debatten auch so enormen Zuwachs im Laufe der Jahre. Sie können als eine der bedeutendsten Bewegungen im Nachhaltigkeits-Spektrum in Deutschland gezählt werden, weil ihnen sowohl in der Bevölkerung, als auch medial die größte Aufmerksamkeit zuteil wurde und sie die Umweltpolitik wesentlich mitbestimmt haben (vgl. ebd., S. 4 ff.).

Resümierend lässt sich festhalten, dass diverse soziale Bewegungen, die sich in den letzten Jahrzehnten intensiv und vehement für den Natur- und Umweltschutz einsetzten, ein stabiles, lokal bis international agierendes, Netzwerk aufbauen konnten. Mit ihrem Einsatz unterstützten und prägten sie Veränderungen im Umweltbewusstsein der Generationen (vgl. ebd., S. 4).

1.2. Gründung „Fridays for Future“

Im Folgenden wird auf den Entwicklungsprozess Fridays for Futures eingegangen, sowie auf dessen Besonderheiten und Herausforderungen.

Mit der Jahrtausendwende häuften sich immer mehr politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, wie ethnische Konflikte, religiöse Ambivalenzen und an Bedeutung gewinnenden Nationalismen. Gleichzeitig konnte beobachtet werden, dass alte Nationalstaaten an Geltung einbüßen mussten, wohingegen Unternehmen und Konzerne internationale Dimensionen erreichen konnten. Die weltweite Situation und die der westlichen Industrienationen im Besonderen erwiesen sich als idealer Nährboden für Proteste gegen die Folgen der Globalisierung (vgl. Haunss 2002: 13). Dementsprechend wurden auch die Stimmen immer lauter, die sich für eine klimagerechte Zukunft einsetzten. Auch durch sie konnte verzeichnet werden, dass immer mehr Menschen in der

Bevölkerung für das Thema sensibilisiert wurden. Fragen der eigenen Lebensweise, wie Ernährung und Konsumverhalten und deren Umweltauswirkungen stiegen zu relevanten Themen auf. Auch die Politik zeigte sich bereit, sich mit immer mehr Aspekten auseinanderzusetzen und hielt dies so, z.B. im Koalitionsvertrag 2018, auch fest (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 13).

Doch diese Bemühungen der Regierungen, sich mehr für den Klimaschutz einzusetzen, schien vielen noch nicht weitreichend genug. Am zwanzigsten August 2018 setzte sich die damals 15-jährige Greta Thunberg vor das Reichstagsgebäude in Stockholm. Auf ihrem selbstgeschriebenen Schild stand „Skolstrejk för klimatet“ (Schulstreik fürs Klima) (vgl. ebd., S. 13). Bereits am folgenden Tag schloss sich eine weitere junge Schülerin an, sodass die Gruppe vor dem schwedischen Regierungssitz nun von Tag zu Tag wuchs. Eine Woche nach dem ersten Protest erfolgte bereits in der taz die erste Berichterstattung in Deutschland (vgl. Schirmer et al. 2019). Mit steigendem medialem Interesse breitete sich die soziale Bewegung schnell vor allem unter weiteren Schüler*innen aus (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 14). Anfang September, einen Tag vor der schwedischen Parlamentswahl, kündigt Thunberg an, dass sie auch nach der Abstimmung weiterstreiken werden. Eines ihrer vordersten Ziele: die Politik dazu bewegen, sich an die Maßnahmen des Pariser Klimaabkommens zu halten. Bei der sozialen Plattform Instagram ruft sie daher weitere Engagierte auf, sich ihr anzuschließen. Einer ihrer Hashtags: #FridaysforFuture (vgl. Schirmer et al. 2019).

In der Bundesrepublik formierten sich bereits kurze Zeit nach Einsetzen der umfassenden medialen Aufmerksamkeit über Thunberg die ersten Zusammenschlüsse, sodass schon im September die ersten Proteste im Namen Fridays for Futures in der Hauptstadt stattfanden. Aus den Ballungsgebieten verbreitete sich das Phänomen in ganz Deutschland (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 17). Schon am 30. November 2018 protestierten weltweit junge Menschen fürs Klima, mit Wahlsprüchen wie „Climate Strike“, „School Strike 4 Climate“, oder „Fridays for Future“. Anfang Dezember hatte Greta Thunberg ihren ersten internationalen politischen Auftritt bei der UN-Klimakonferenz in Katowice, Polen. Als Jugenddelegierte der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen trifft Luisa Neubauer, zukünftiges Gesicht der Bewegung in Deutschland, dort zum ersten Mal auf die Schwedin. Am 14.12. ereignete sich die erste große Demonstration in Deutschland, die offiziell unter dem Namen der Bewegung und in zehn Städten ausgetragen wurde. Um ihren Standpunkt zu vertreten, blieben die teilnehmenden Schüler*innen für den Protest mit Nachdruck der Schule fern (vgl. Schirmer et al. 2019).

Im Verlauf des Winters 2018/2019 breiteten sich die Proteste landesweit weiter aus, wodurch auch die mediale Berichterstattung nicht ausblieb. Gerade in dieser Anfangszeit wurden der neuartigen Vereinigung diverse pauschalisierende Charakterisierungen zugeschrieben. Besonders negativ wurden die Demonstrierenden auf konservativer bis rechter Seite dargestellt, die ihnen u.a. unterstellten, nur den Unterricht meiden zu wollen oder von großen (Umwelt-)Organisationen gesteuert zu sein. Linkspolitisch werteten viele die neuen Gruppierungen als vielversprechend und Ausdrucksform einer politisierenden Jugend. Die umfassende mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit in Verbindung mit der verhältnismäßig geringen Faktenbasis, sind charakteristisch für neuartige Massenproteste. Hier steht die Berichterstattung in der Macht, die gesellschaftliche Meinung stark zu prägen, da sie bestimmen, welches Bild der Bewegung sie der Öffentlichkeit repräsentieren wollen (vgl. Haunss et al. 2020: 7).

Trotz vieler Widrigkeiten bleiben die jugendlichen Protestierenden vehement in ihren Forderungen und ihrer Aktivität: am 25. Januar 2019 verzeichnet die Bewegung zu ihrem ersten zentralen Klimastreik in Berlin 10.000 Teilnehmende (vgl. Schirmer et al. 2019). Ihren damaligen Höhepunkt konnte Fridays for Future am 15.03. für sich datieren, als zum weltweiten Protest in 133 Ländern entsprechende Aktionen zum Schutz der Erde stattfanden. Dabei konnte die Gruppierung über 2,28 Millionen Akteur*innen mobilisieren, wobei auffällig viele Schüler*innen, meist unter zwanzig Jahren, vertreten waren. Zentraler Aufruf der Demonstrationen: das individuelle Handeln verändern. Klimaschutz wird als vordergründige Aufgabe angesehen, wofür auch auf individueller Ebene Veränderungen erfolgen müssen (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 14). In Deutschland organisierten sich 222 Demonstrationen mit insgesamt 300.000 Mitwirkenden. Die Teilnahmebereitschaft wurde von Organisator*innen in einigen Städten deutlich unterschätzt, da sich vielerorts fast fünfmal so viele Menschen versammelten (vgl. ebd., S. 17; Sommer et al. 2020: 20). Erklärbar ist der enorme Andrang auch durch die zunehmende Unterstützung weiterer, teilweise ebenfalls neuer, Vereinigungen. So kann, z.B. Scientists for Future, als Wegbereiter für die Jugendbewegung betrachtet werden, obwohl sie sich erst später gründete. In ihr schlossen sich über 12.000 Wissenschaftler*innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen, die offiziell die wissenschaftliche Fundiertheit der Agenda „Klimaschutz“ Fridays for Futures belegten (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 17; Schirmer et al. 2019). Im April brach die Initiative um Greta Thunberg mit ihrer anfänglichen Haltung, keine konkreten Anliegen an die politischen Entscheidungsträger zu stellen. Die expliziten Zielsetzungen beinhalten Maßnahmen, die unter anderem den Umgang mit CO₂-Emissionen, erneuerbaren Energien und Kohleabbau definieren.

Trotz verhältnismäßig radikaler Forderungen, bleiben die Akteur*innen mehrheitlich in ihrer Protestform konsequent. Nach einer Demonstration am 22.06.2019 beim Tagebau Garzweiler gegen Braunkohleabbau, distanzieren sich einige von dort eingesetzten Aktionsformen. Die Ende-Gelände-Gruppierung wandte beispielsweise Besetzungen und Blockaden an (vgl. Schirmer et al. 2019). Am 20. September, nur knapp ein Jahr nach den ersten Schüler*innen-Protesten, organisierte Fridays for Future den dritten internationalen Streiktag, an dem allein in Deutschland 1,4 Millionen Aktivist*innen auf die Straße gingen. Damit hatte der erstmals lose Zusammenschluss, es offiziell zu einer der mächtigsten Vereinigungen im geschichtlichen Rahmen von deutschen Umweltbewegungen gebracht (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 17). Verhältnismäßig enttäuschend war dagegen die politische Umsetzung der Forderungen, sowohl auf nationaler, als auch internationaler Ebene. Das nachlässige Klimapaket Deutschlands, welches im Herbst 2019 beschlossen wurde, werteten die Demonstrierenden als Misserfolg. Der nächste weltweite Klimaprotest im November verzeichnete weitaus geringere Teilnehmendenzahlen und löste daraufhin eine Findungsphase innerhalb der Gruppierung aus. Unter den Mitwirkenden entstand teilweise Skepsis gegenüber der Strategie bzw. dem Inhalt ihres Protests. Erschöpfungserscheinungen unter den einst so engagierten, jungen Demonstrant*innen, sowie spürbar sinkendes öffentliches Interesse, erschwerte das Vorhaben der Gruppierung (vgl. Haunss et al. 2020: 8 f.).

Die Coronapandemie, durch die ab März 2020 massive Beschränkungen im Privatbereich und in der Öffentlichkeit eingeführt wurden, traf die soziale Bewegung in einer schwierigen Phase. Diese Grundsituation in Verbindung mit den Demonstrationauflagen stellte für sie eine neue, existenzielle Komplikation dar, wo doch der öffentliche Raum die wichtigste Ressource der Protestierenden ist (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 28; ebd., S. 9). Trotz dessen bewies die junge Gruppierung beträchtliche Resilienz und verlagerte ihre Demonstrationen kurzerhand ins Internet. Im April führte sie unter dem Motto #FighteveryCrisis den ersten Online-Klimastreik durch, an dem in Deutschland bis zu 19.000 Menschen teilnahmen. Somit konnten die Organisatoren zwar nicht an die Partizipationszahlen vor Covid-19 heranreichen, doch stellten die digitalen Organisationsformen eine nie dagewesene Form von Protest dar (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 28 f.). Zudem hat es die Bewegung vollbracht, in den aufgewühlten Zeiten noch immer Personen für den Umweltschutz zu sensibilisieren und Menschen über die Folgen des Klimawandels aufzuklären. Dies ist angesichts der medialen Aufmerksamkeit des Coronavirus ein beachtlicher Beitrag. Eine Onlinebefragung von 645 kontaktierten Ortsgruppen Fridays for Futures untersuchte mögliche Auswirkungen dieser Zeit. Sie

belegte, dass trotz des Lockdowns, die Agenda der Aktivist*innen weitgehend unverändert blieb. Demnach gaben über 90% an, dass das größte Problem Deutschlands im Umwelt- und Klimaschutz besteht (vgl. ebd., S. 20 f.). Nach einem halben Jahr ohne Versammlungen kamen am 25.09.2020 Engagierte zur ersten Kundgebung nach Eintritt des Covid-19-Virus in der Hauptstadt zusammen und hielten unter Beachtung des Hygieneabstands vor dem Brandenburger Tor eine Mahnwache ab (vgl. Maarten 2020). Seit der Coronakrise werden Aktionen neuerdings auch hybrid, in Präsenz und im Onlineformat, durchgeführt (vgl. ebd., S. 29).

Die Pandemie, die die ganze Welt für mehrere Jahre immer wieder vor neue Herausforderungen stellte, schienen gerade erst beendet, da erschüttert ein weiteres Ereignis die Bevölkerung: am 24.02.2022 marschiert Russlands Präsident Putin mit seiner Armee in die Ukraine ein. Der Krieg führt dazu, dass Millionen Menschen gezwungen werden aus ihrem Land zu fliehen, 1,4 Millionen Ostukrainer keinen Zugang zu fließendem Wasser haben und die Zahl der Opfer nicht absehbar ist (vgl. bpb a 2023). Schon für den dritten März organisiert Fridays for Future weltweit Demonstration aus Solidarität mit dem Land. Sie fordern das Gewährleisten sicherer Fluchtwege, sowie die Aufnahme jedweder Schutzsuchender. Besonders relevant sei ihnen die Einleitung dringend erforderlicher Schritte gegen Putin, wobei sie in Deutschland konkret die Bundesregierung adressieren. Diese solle jegliche Energieimporte aus Russland, inklusive Nord Stream 2, beenden, da man sonst indirekt den Angriffskrieg mitfinanzieren würde. Als Alternative wird auf eine entschiedene Energiewende gedrängt. Laut eigenen Angaben versammelten sich auf nationaler Ebene bis zu 170.000 Menschen in 50 Städten (vgl. Fridays for Future c 2023; Fridays for Future a 2023).

Seit 2018 hat die soziale Bewegung eine enorme Entwicklung vollzogen. Kritische Stimmen konfrontieren die Aktivist*innen damit, anfangs lediglich eine Klimabewegung gewesen zu sein, sich dann als Gesundheitsvereinigung dargestellt zu haben und nun letztendlich Frieden und den Krieg in der Ukraine zu thematisieren. In einem Interview weisen Vertreter von Ortsgruppen derlei Vorwürfe zurück. Sie erläutern, dass sie sich bereits in der Vergangenheit für Frieden eingesetzt haben, aber die Thematik zur Zeit besonders dringlich sei. Des Weiteren würde die Abhängigkeit von fossilen Energien, wie auch russischem Erdgas, sowohl Russlands Angriff unterstützen, als auch den Klimawandel weiter vorantreiben (vgl. Fürstenberg 2022).

Doch unerheblich wie man die Entwicklung der sozialen Bewegung bewertet, muss doch festgestellt werden, dass Fridays for Future ihre relevantesten Zielsetzungen bisher nicht erfüllen konnte. Auch nach über vier Jahren haben wir nicht nur in Deutschland noch

eine Politik, mit der die Pariser Klimaschutzziele nicht im erforderlichen Zeitraum erreicht werden können. Der Protestforscher Sebastian Haunss gibt an, dass es generell ruhiger um die Gruppierung geworden sei. Er erklärt das Ausbleiben von Freitagsdemos vielerorts und die geringere Mobilisierung von Anhänger*innen bei Klimastreiks, mit den gesellschaftlichen Entwicklungen seit 2019. Hatten die Protestierenden damals große Erfolge damit, den Klimawandel als wichtigstes Thema zu etablieren, sei dies heute weit aus komplizierter. So hätte sich die Problematik angesichts der aktuellen Umstände als weniger relevant herausgestellt – die Menschen seien konfrontiert mit neuen Sorgen und Ängsten, wie der Energiekrise, und setzten so andere Prioritäten für sich (vgl. ZDFheute 2022).

Gegenwärtig verzeichnet die Umweltgruppe ein erneutes Negativereignis für sich – die Räumung des Dorfes Lüzerath durch den Konzern RWE, da dieses, wie fünf weitere, dem Tagebau Garzweiler II weichen muss. Angefacht durch die wissenschaftliche Expertise, dass die zu gewinnende Braunkohle nicht für Deutschlands Stromerzeugung benötigt wird, harrten die Protestierenden, darunter auch Fridays for Future, oft tagelang vor Ort aus (vgl. Bündler/Geinitz 2023). Das Ereignis Lüzerath sei laut ihnen beispielhaft für das Verfehlen der Umweltpolitik der Regierung. Dagegen und für eine klimagerechte Zukunft, demonstriert die Bewegung am dritten März beim nächsten weltweiten Klimastreik. Hier wollen sie zeigen, dass die Politik sie nicht länger ignorieren könne (vgl. Fridays for Future b 2023).

Ein nicht zu unterschätzender Faktor, der sowohl für den anfänglich intensiven Zulauf, als auch für den später leicht eingebüßten Bedeutungsverlust mitverantwortlich gemacht werden kann, ist das Medieninteresse. Bereits Joachim Raschke proklamierte: „Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt“ (Raschke 1988: 343). Bereits bei den Anfängen in Schweden zeichnete sich ein ambivalentes Verhältnis zu den Medien ab, die die Debatte über streikende Schüler*innen noch weiter befeuerte. Je nach bewusster Setzung des Fokus, konnte bei den Empfänger*innen ein bestimmtes Bild erzeugt werden. Gerade in der Zeit, in der neue Protestgruppen vielerorts aus dem Nichts entstanden, wurde die öffentliche Meinung ihnen gegenüber eher negativ dargestellt. Die Akteur*innen wurden stark kritisiert und relevantes Wissen über die Problematik Klimaschutz, aufgrund ihrer Altersdynamik, abgesprochen. Oft wurden sie aufgefordert, den Schulbesuch wieder aufzunehmen. Der hohe Nachrichtenwert der sich ereignenden Prozesse kann dennoch als positiver Einfluss auf die Bewegung gewertet werden. Somit konnten die Aktivist*innen sehr schnell neue Teilnehmende requirieren, sowie wichtige Unterstützung für sich gewinnen. Deutlich sprachen sich, trotz der Kritik, eine Vielzahl

an Politiker*innen, sowie Personen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft für sie aus. Umweltverbände, wie BUND oder Greenpeace, stärkten die kleinen, unorganisierten Gruppen, druckten Plakate und richteten Spendenkonten ein. Ohne diese Beteiligung am Aufbau ihrer Infrastruktur, hätte sich Fridays for Future wahrscheinlich weniger erfolgreich ausgebreitet. Die Medienberichterstattung hat für sie die Kommunikation mit der Außenwelt ermöglicht (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 26 ff.). In den ersten Jahren verzeichneten selbst kleinere Auftritte der Aktivist*innen umfassendes mediales Aufsehen, was, gemessen an den anfangs noch kleinen Zusammenschlüssen, beachtlich ist. Verantwortlich dafür ist wohl, gerade in den Anfangsmonaten, in erster Linie Greta Thunberg, die durch ihr Alter und dem Nachdruck bei ihren Forderungen, die Menschen fasziniert. Ebenso aufsehenerregend: die junge Altersstruktur der Protestierenden in Verbindung mit ihrem teils umfangreichen Fachwissen. Der Diskurs um die Aktionsform des Schüler*innenstreiks in Verbindung mit der Dringlichkeit des Anliegens der Jugendlichen, liefern weitere Impulse für die öffentliche Debatte. Auch kann angenommen werden, dass die Kritik aus Kreisen der Politik und Presse, zusätzlich mediale Aufmerksamkeit generiert haben (vgl. Rucht 2019). Damit die Umweltschutzgruppe auch in Zukunft ihre Ziele weiter verfolgen und die Öffentlichkeit sensibilisieren kann, muss sie die Thematik Klimawandel über längere Zeit wiederholt medial präsentiert halten (vgl. Nover 2009: 58). Bis zu den kommenden Demonstrationen bleibt abzuwarten, ob sie die Krise überwinden und die einstige Faszination, die die Menschen ihr entgegenbrachten, wieder aktivieren kann.

1.3. Generationalität

Im Folgenden soll das Phänomen Fridays for Futures anhand der Zugehörigkeit der Schüler*innen zur Generation Z, als junge Generation, untersucht werden. Wie bereits festgehalten, unterscheiden sich das Verhalten, sowie die Einstellungen der Jugendlichen in vielen Aspekten von tradierten Mustern und mussten sich dafür auch teils harter Kritik aussetzen. Diese stammt in erster Linie aus Kreisen, die sich an traditionellen Werten orientieren und daher oft weder die Themen der Proteste, noch die Aktionsform Schulstreik legitimieren können.

Generell ist das Phänomen der sich auflehrenden Jugend keinesfalls eine Neuheit dieses Jahrtausends. In der modernen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts definierte sich bereits die Jugendphase in ihrer Form, sodass sie auch heute noch einen

eigenständigen Lebensabschnitt zwischen Kindheit und Erwachsenenalter darstellt. Zuvor war ihr lediglich die Rolle als Übung oder Vorbereitung auf künftige Erwachsenentätigkeiten zugekommen. Mit den Jahren entwickelte sich die Gesellschaft dahin, dass die Heranwachsenden sich den Freiraum nehmen konnten, den sie brauchten, um sich von früheren Generationen abheben und eine eigene Identität bilden zu können. Charakteristisch hierfür sind politische und gesellschaftliche Ideale, die einen neuen Lebensstil widerspiegeln (vgl. Grunert/Krüger 2011: 225 f.; Zinnecker 1987:). Die Situation ist für sie neu und unbekannt, da sie sich zwischen ihrer vertrauten Kindheitsphase, in der sie sich ihr ganzes Leben befunden haben und einer Zukunft, die durch viele Veränderungen geprägt sein wird, orientieren müssen. Dies verursacht oft Gefühle der Frustration, des Unwohlseins oder Angst vor dem Fremden. Ihre Reaktion darauf äußert sich, z.B. im häufigen Wechseln des Wohnorts, dem gemeinsamen Reisen mit anderen Jugendlichen, sowie auch dem Anschluss an eine Orientierung gebende Bewegung, die sich der Veränderung gesellschaftlicher oder kultureller Gegebenheiten verschrieben hat. Durch den Bruch mit tradierten Konstellationen und der Schaffung neuer Realitäten bildet sie eine unkonventionelle kollektive Erinnerung (vgl. Giesen 2009: 201).

Die derzeitige Jugendkultur kann wohl als eine der lautesten und polarisierendsten der letzten Jahrzehnte bezeichnet werden. Die Heranwachsenden gehören zur neuen Generation, der Gen Z oder Generation Z, die den Jahrgang der nach der Jahrtausendwende Geborenen umfasst. Die Lebenswelt in der sie aufwachsen unterscheidet sich bereits stark von der, der vorigen Jahrzehnte. Im Gegensatz zur Gen Y oder den Babyboomern, können sie in den westlichen Ländern auf materiellen Wohlstand vertrauen und können meist auf eine Kindheit ohne Krieg, existenzielle Krisen oder gesellschaftliche Unruhen zurückblicken. Der großen Mehrheit steht eine positive Zukunft voraus, mit gesichertem Lebensstandard und einem attraktiven Arbeitsmarkt. Dadurch bricht die Jugend heute mit dem allgegenwärtigen Ziel der Selbstverwirklichung der Generation Y, die in weitaus unbeständigeren Zeiten aufwuchs. Indessen haben Werte wie Gleichheit und Gerechtigkeit, auch im Hinblick auf Frauenrechte und Feminismus, Religiosität, wie auch kulturelle und ethnische Hintergründe für sie Priorität. Des Weiteren erzielen sie Wohlstand und einen gesunden Planeten für alle bestehenden und kommenden Generationen. Um ihre Vorstellungen realisieren zu können, erwarten sie dementsprechendes Handeln von Seiten der Politik. In ihr sehen sie die Instanz, die in der Lage ist, gegenwärtige Probleme zu beseitigen. Folglich hoch ist das politische Interesse der Gen Z, da sie hofft, Entscheidungsträger durch ihr Handeln positiv beeinflussen zu können. Das und die Tatsache, dass ihre Altersgruppe im Vergleich zu allen älteren Jahrgängen die

gravierenden Auswirkungen der Klimakrise vehement spüren wird, erklärt wohl die hohe Bereitschaft zu gesellschaftlichen Veränderungen. Ihre Emotionen im Hinblick auf die globale Situation und ihre Zukunft in den nächsten Jahrzehnten, beschreiben viele als Wut, Angst und Frustration. Ihre Bereitschaft, positive Impulse zu setzen und ihre Meinung zu äußern ist hoch. Bei Klimastreiks 2019 waren 70% der Demonstrierenden Schüler*innen im Alter von 18 und jünger (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021:14 ff.; Hurrelmann/Albrecht 2020: 229).

Vor dem Hintergrund seiner Sozialisation und generationalen Umstände ist eine Entwicklung, wie die des Phänomens Fridays for Futures, fast unaufhaltsam. Die soziale Bewegung kann fast als Sinnbild ihrer Generation betrachtet werden (vgl. Hurrelmann/Albrecht 2020: 227). Sie verkörpert durch ihr Vorgehen und ihre Grundideen die Einstellung vieler Jugendlicher und junger Erwachsener. Die weibliche Leitfigur Greta Thunberg und die deutsche Vertreterin Luisa Neubauer sind Vorbild für viele gleichaltrige Frauen und verkörpern die feministische Einstellung ihrer Organisation (vgl. ebd., S. 233). Entsprechend den altruistischen Werten der Aktivist*innen fordert die Klimaschutzgruppe keine Privilegien für sich, wie sie oft auf anderen politischen Demonstrationen geäußert werden. Es geht ihnen, grob gesagt, um die Rettung der Erde und der Menschheit. Durch ihr Handeln prägen die Engagierten ihre Generation, da sie die Grundeinstellung vieler repräsentiert (vgl. ebd., S. 331 f.). Dennoch besteht nicht nur Einigkeit und Harmonie innerhalb dieser jungen Altersgruppe. Tatsächlich zeichnet sie sich durch starke Differenziertheit in soziale Schichten aus und spiegelt so den Rest der modernen Gesellschaft wider. Angehörigen des unteren Milieus ist es kaum möglich, in dieser sozialen Hierarchie aufzusteigen. Bereits die Zukunftschancen Jugendlicher scheinen stark vom Bildungshintergrund, sowie der Sozialisation der Eltern abhängig zu sein. Fridays for Future, eine Gruppe deren Mitglieder selbst größtenteils aus privilegierten Verhältnissen stammen, ist es bisher noch nicht gelungen, Gleichaltrige mit geringeren Bildungsabschlüssen zu mobilisieren. Die Aktivist*innen hatten bisher noch keinen Erfolg damit, ihr Anliegen und die Brisanz der Thematik verständlich zu machen. Die anderen Jugendlichen fühlen sich oft sozial vernachlässigt und blicken einer Zukunft mit unsicheren Arbeitschancen entgegen, wogegen die Problematik Klimaschutz in weite Ferne rückt. Während die oberen 40% der Generation, zu denen auch Angehörige von Umweltbewegungen zählen, sehr an politischen Entwicklungen interessiert sind, formulieren andere ihr Misstrauen gegenüber Staat und Politik. Die 20% mit dem niedrigsten Bildungsniveau haben oft weder die Schule, noch eine Ausbildung abgeschlossen und empfinden ihre eigene wirtschaftliche Lage als prekär. Ihre Unzufriedenheit äußern sie

weniger in politischen Wahlen, aber sympathisieren häufig mit Ideologien der AfD-Partei. Weitere 40% mit mittlerem Bildungshintergrund zeigen Befürchtungen, in Zukunft in eine ähnlich schlechte soziale, sowie finanzielle Situation zu geraten (vgl. ebd., S. 233 f.). Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob es Fridays for Future gelingen kann, auch Anhänger*innen aus anderen sozialen Milieus rekrutieren zu können. Zwar hat die Bewegung das heutige Bild der Generation Z mitgeprägt und stark beeinflusst, doch trifft das wohl kaum auf alle Zeitgenossen zu. In dieser Hinsicht hat die Gruppe vielleicht noch zu einer stärkeren Spaltung der Jugendlichen beigetragen (vgl. ebd., S. 235).

Nicht nur Differenzierungen in der eigenen Altersgruppe, auch Unterschiede gerade zu älteren Jahrgängen könnten auf lange Sicht problematisch für die Entwicklung der sozialen Bewegung sein. Die Generationendifferenz zeigt sich u.a. in der Mediennutzung der Jugend, die sie stark von andern abhebt. Laut der JIM-Studie 2022 verbringen 12- bis 19-Jährige täglich über drei Stunden online (vgl. mpfs 2022). Als „Digital Natives“ gehört digitale Mediennutzung, sowie die Präsenz auf sozialen Netzwerken zum Alltag vieler junger Menschen. Die Vorteile dessen hat die Klimabewegung schnell erkannt und angewendet – unterschiedliche Gruppen von potentiellen Aktivist*innen konnten so effizient angeworben werden. Durch Messaging-Gruppen gestaltete sich die Kommunikation zwischen mehreren Nutzer*innen reibungslos und Informationen konnten schnell und unkompliziert reproduziert werden (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 26). Diese Organisation der Protestaktionen stellt ein historisches Novum dar – WhatsApp und Telegram dienen als Planungsort und Verständigungsmittel in einem. Ihr Smartphone nutzen Engagierte auch zur Beschaffung von Informationen, insbesondere zu wichtigen politischen Ereignissen (vgl. ebd., S. 22). Derlei Nachrichten und auch Einzelheiten geplanter Demonstrationen etc. werden in eigens dafür erstellten Informationsgruppen weitergeleitet. Rezipient*innen können hier nicht mit den Gruppenadministratoren kommunizieren. Der Fokus liegt auf der Übermittlung von Wissenswertem, das eine große Masse an Menschen erreichen soll. Besonders wird dies zur Planung und Gestaltung in Großstädten genutzt. Einbringen können sich die Teilnehmer*innen dagegen in kleineren Organisationsgruppen, deren Fokus auf der detaillierten Planung lokaler Aktionen liegt. Die Qualitäten social medias und die Kontaktaufnahme Gleichgesinnter über derlei Plattformen erwiesen sich retrospektiv als beispielhafte Methode zur Mobilisierung Tausender bis Millionen (vgl. ebd., S. 26). Auch Forschungsansätze bestätigen die Relevanz solcher Netzwerke für die Bildung von Protesten und deren Weiterführung. Hierbei seien strukturelle Voraussetzungen, aber auch die entscheidende Motivation der Mitwirkenden entscheidend. Letztendlich hinge es von der Beschaffenheit der Plattform, aber auch von

der subjektiven Partizipation und generellem Eingebunden-sein, ab, wer für eine Gruppierung angeworben wird (vgl. Nover 2009: 24).

Resümierend kann die Entwicklung Fridays for Futures als eine Erfolgsgeschichte betrachtet werden. Von den Anfängen in Schweden, als kleine Schüler*innengruppe, stets begleitet von medialer Kritik und negativen Stimmen aus der Öffentlichkeit, hat es die Klimabewegung in historisch einmaliger Art und Weise vollbracht, den gesellschaftlichen Diskurs zu prägen und Menschen zu sensibilisieren. Durch ihr wissenschaftliches Fundament und ihrer Beharrlichkeit konnten sie schnell große Erfolge erzielen, obwohl der angestrebte politische Wandel bislang ausblieb. Abzuwarten ist, wie sich die Zukunft gestalten wird, denn obwohl die Teilnehmendenzahlen der Klimademos Verluste einbüßen mussten, wird das Thema Klimawandel in den nächsten Jahren nur noch an Relevanz zunehmen.

2. Ziele und Motivation

Dass die Klimabewegung sich konsequent und beharrlich für ihre Forderungen einsetzt, wurde bereits dargelegt. Zudem stellte sich heraus, dass, als Repräsentant*innen der heutigen Jugend, die Aktivist*innen diese Maßnahmen an die Politik nicht nur für sich selbst, sondern für alle heutigen und zukünftigen Generationen anstreben. Im Folgenden sollen nun ihre offiziellen Zielsetzungen konkret thematisiert werden, an wen sie diese genau richten und wie sie das begründen. Genauer wird Fridays for Futures Agenda für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern betrachtet und spezifische Besonderheiten dargestellt. Des Weiteren wird analysiert, was die Mitwirkenden in der Realität tatsächlich bewegt, den Streiks beizuwohnen.

Die Welle an Kritik aus der Öffentlichkeit, die die teils noch sehr jungen Schüler*innen gerade am Anfang der sich zusammenschließenden Gruppen, überrollte, wurde bereits im vorigen Teil der Arbeit angesprochen. Voraussetzung dafür, dass sich die Bewegung mit der Zeit festigen konnte und auch die mediale Berichterstattung positiver ausfiel, ist das Engagement der Beteiligten. Eher konservativ orientierte Personengruppen unterstellten ihnen die Absicht, nur der Schulpflicht entgehen zu wollen. Außerdem würden sie populistisch agieren und die Komplexität der Thematik aufgrund der vorliegenden Altersdynamik nicht erfassen können (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 18). Der heutige Finanzminister Christian Lindner von der FDP formulierte auf der Onlineplattform Twitter, Schüler*innen sollten Klimaschutz doch den Profis überlassen und erntete dafür mediale Kritik (vgl. Schirmer et al. 2019). Derlei Äußerungen werden von den Aktivist*innen bei ihren Streiks, wenn, dann nur geringfügig aufgegriffen. Ihre Nähe zu führenden Wissenschaftskreisen und die faktenbasierte Grundlage ihrer Agenda widersprechen den Vorwürfen. Auf ihr Schwerpunktthema Klimaschutz fokussiert, geben die Demonstrant*innen an, sei das Schulschwänzen ein akzeptabler Preis dafür, eventuell politische Entscheidungen positiv zu beeinflussen (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 20).

Auf ihrer offiziellen deutschen Internetseite deklariert die soziale Bewegung ihre Zielsetzungen konkret und betont, dass zur Erreichung dieser spürbare Maßnahmen der Politik erforderlich sind (vgl. ebd., S. 17). Hier wird mehrmals die Dringlichkeit derer betont, da die Erderwärmung bereits so weit vorangeschritten sei, dass jedwedes Zögern verheerende Folgen mit sich bringen würde. Sollte der Punkt erreicht werden, an dem die globale Durchschnittstemperatur so weit angestiegen ist, dass sich der Klimawandel nicht mehr aufhalten lässt, würden die Schäden weit höhere Kosten verursachen, als die Investitionen in präventive Methoden. Die Klimakrise stelle eine Bedrohung existentiellen

Ausmaßes, sowohl für den Planeten, als auch für Millionen von Menschen dar. Grundlage für die Forderungen Fridays for Futures ist das Pariser Klimaabkommen (vgl. Fridays for Future f 2023). Zu diesem, bereits 2016 ratifizierten Beschluss, bekannten sich bis heute weltweit über 190 Staaten, die gemeinsam den Klimawandel aufhalten und sich dabei gegenseitig unterstützen wollen. Grundlage dafür ist die wissenschaftliche Erkenntnis, dass die Erderwärmung weit unter 2°C gehalten werden müsse. Daher einigte man sich kollektiv auf die Einhaltung der 1,5°C-Grenze (vgl. Europäische Kommission 2023). Die Umweltbewegung stützt sich auf diese Zusage der Regierungen und erinnert sie in ihren Protesten an deren Versprechen. Hauptziel stellt demnach Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 dar, also das Ende schädlicher CO₂-Emissionen. Dafür sei der Kohleausstieg bis spätestens 2030 unabdingbar und erfordere wiederum eine vollständig klimaneutrale, erneuerbare Energieversorgung bis 2035. Diese drei Punkte bilden die drei Hauptmaßnahmen, die Fridays for Future auch explizit für Deutschland fordert (vgl. Fridays for Future f 2023). An die Politik stellen sie, neben Maßnahmen der langfristigen Entwicklung, auch Forderungen, die sie sofort umgesetzt sehen wollen. Sie beinhalten, Subventionen fossiler Energieträger einzustellen und direkt ein Viertel der existierenden Kohlekraftwerke abzustellen. Des Weiteren wollen sie die Einführung einer CO₂-Steuer erwirken. Ihr Preis wurde anhand der evaluierten Kosten, die die verursachten Treibhausgase in Zukunft verursachen würden, berechnet und demnach 180€ pro Tonne CO₂ betragen (vgl. Fridays for Future e 2023).

Wichtig ist der Gruppierung, verständlich zu machen, dass alle Forderungen oder Ziele stets auf wissenschaftlichen Daten und Ergebnissen beruhen. 2022 veröffentlichte die Begründerin Greta Thunberg, in Zusammenarbeit mit internationalen Spezialisten und Expert*innen „Das Klimabuch“, in dem die Thematik detailliert aufgeschlüsselt wird. Darin äußert sich die Klimawissenschaftlerin Tamsin Edwards bezüglich des Pariser Klimaabkommens: „Falls wir uns an diese Zusagen halten, lässt sich die Erwärmung auf wenig mehr oder vielleicht sogar etwas weniger als 2°C begrenzen“ (Edwards 2022: 135). Dass bereits diese Temperaturerhöhung drastische Auswirkungen haben würde, beschreibt sie ebenfalls. So würden extreme Wetterereignisse stark zunehmen, wie die Wahrscheinlichkeit für Hitzewellen, die sich um ein sechsfaches multiplizieren würde. Das Meereis würde bis 2050 zumindest gelegentlich im September vollständig getaut sein – der Meeresspiegel würde stark ansteigen (vgl. ebd., S. 133). Die dabei entstehenden Kosten liegen Schätzungen zufolge bei einer Erwärmung um 2°C bei 69 Billionen US-Dollar und werden das gesamte Weltwirtschaftssystem vor unermessliche

Herausforderungen stellen (vgl. Linden 2022: 209 f.). Nach derzeitigen Analysen werden wir in diesem Jahrhundert fast die 3°C-Marke erreichen (vgl. Edwards 2022: 135).

Auf diesen und weiteren erschreckenden Zukunftsanalysen basiert die Beharrlichkeit der Aktivist*innen. Sie sprechen offen aus, dass der klimapolitische Kurs Deutschlands nicht mit den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar ist. Daher verlangen sie eine Modifikation des Klimaschutzgesetzes, welche das 1,5°C-Ziel ermöglichen kann. Sie betonen dabei, dass derlei Maßnahmen nicht nur auf Bundesebene erfolgen müssen und drängen auf mehr europäische und globale Zusammenarbeit. Sie appellieren nicht nur an Regierungen und Entscheidungsträger im großen Rahmen, sondern sprechen auch Instanzen der Kommunal- und Landespolitik an, da auf allen Ebenen radikale Veränderungen erfolgen müssten. Dies betreffe vordergründig die Sektoren Energieerzeugung, Wohnen und Bauen, Industrie, Transport und Verkehr, sowie die Landwirtschaft. Generell äußert Fridays for Future ihr Unverständnis gegenüber der geringen Handlungsaktivität der Politik und fühlt sich bereits seit Jahren von ihnen ignoriert (vgl. Fridays for Future f 2023; Fridays for Future e 2023). Um die notwendigen Ziele erreichen zu können, dürften außerdem wirtschaftliche Interessen nicht mehr pauschal über dem Umweltschutz stehen. Die Verwirklichung der Forderungen müsse sofort geschehen und dabei auch sozial verträglich sein. Die Bewegung erläutert, dass dabei keine Negativeffekte für ärmere Länder oder spätere Generationen in Kauf genommen werden dürften. Der ganze Prozess müsste wissenschaftlich fundiert und angemessenen, von Fachpersonen durchgeführten, Kontrollen unterlegt werden. Das Verhältnis zwischen entscheidenden Instanzen und den Bürger*innen müsse optimiert werden, indem mehr Transparenz von Seiten der Politik ausgeübt und Aufklärung der Bevölkerung angestrebt wird. Zusätzlich wünschen sie sich mehr Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen in demokratischen Prozessen (vgl. Fridays for Future f 2023).

Im Sinne ihrer Leitlinie, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im kleineren Format die Politik hin zu positiven Klimaentscheidungen zu bewegen, organisiert sich Fridays for Future auch in Bundesländergruppen. Für das nördliche Mecklenburg-Vorpommern und für viele weitere Länder haben Aktivist*innen länderspezifische Schreiben aufgesetzt. Darin sind Forderungen an die jeweilige Regierung enthalten, zusammen mit wissenschaftlichen Begründungen, Hinweisen zur konkreten Situation im Land, sowie zur Umsetzung der genannten Maßnahmen. Die Kernthemen, wie Energie, Landwirtschaft oder das Bauwesen, überschneiden sich mit den generellen Zielsetzungen der Bewegung. Konkreter verlangen sie, beispielsweise, die Abschaltung des Kohlekraftwerks Rostock, des letzten laufenden Kraftwerks Mecklenburg-Vorpommerns, bis 2025.

Dieses sei für ca. 20% der CO₂-Emissionen des Landes verantwortlich. Stattdessen solle der Energiesektor auf erneuerbare Stromgewinnung setzen, wofür sich, gerade in Mecklenburg-Vorpommern, die Windenergie anbieten würde. Die Aktivist*innen erwarten von der Regierung bis 2030 2% der Landesfläche als Windeignungsgebiete auszuweisen. Das Land hätte mit 20% nämlich das theoretisch umfangreichste Flächenpotential der Bundesrepublik für die Nutzung von Windenergie. Um die, für die weitreichenden Umstellungen, erforderlichen Veränderungen realisieren zu können, schlägt die Gruppe die Bereitstellung neuer Stellen in zuständigen Behörden vor und rät zusätzlich, bürokratische Hürden zu verringern (vgl. Fridays for Future Mecklenburg-Vorpommern 2021: 4 ff.). Auch der Verkehrsbereich müsse umfangreichen Reformen unterzogen werden. Die Aktivist*innen thematisieren hier den ÖPNV, die Radinfrastruktur, sowie den Autoverkehr. Ferner fordern sie die sofortige Schließung der Flughäfen Rostock Lage und Heringdorf, zumindest für den Personenverkehr (vgl. ebd., S. 7 f.). Auf landwirtschaftlicher Ebene werden u.a. die Moornutzung für den Ackerbau und Massentierhaltung scharf kritisiert. Zudem müsse die regionale Vermarktung stärker gefördert werden (vgl. ebd., S. 9 ff.). Für den Bildungssektor äußern sie den Wunsch, diesen nachhaltig und, sich an die gesamte Bevölkerung richtend, zu gestalten. Wohl auch aus eigenem Interesse, appellieren die Aktivist*innen an die Politik, sie solle Schüler*innen die Möglichkeit geben, für politische Beteiligungsmöglichkeiten der Schule fernbleiben zu können. Voraussetzung müsse hierfür das Einverständnis der Eltern sein. Sie verweisen bei ihrer Bitte auf die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Außerdem trage politisches Aktivwerden zur persönlichen Weiterentwicklung und politischen Bildung bei (vgl. ebd., S. 16 f.). Weitere Punkte auf der Agenda umfassen Themen wie eine schnelle Wärmewende, die Wiedervernässung der Moore, angemessenes Wald- und Forstmanagement, sowie eine defossilisierte Industrie, wobei sie für MV spezifisch auch nachhaltigen Schiffbau fordern (vgl. ebd., S. 14 ff.).

Die Klimabewegung gibt selbst an, dass ihre Ziele und Maßnahmen ambitioniert sind und vielleicht utopisch erscheinen, angesichts der zur Zeit verhältnismäßig geringen Entwicklungen. Doch kommt sie nicht umhin, immer wieder deren Dringlichkeit in Bezug auf die globale Zukunft zu betonen (vgl. Fridays for Future f 2023). Kritik kommt auch aus Kreisen der Politik und Wirtschaft, die die Formulierungen oft als zu radikal bewerten und die Umsetzbarkeit als nicht realisierbar betrachten. Als Reaktion darauf beantragte die Umweltgruppe eine Machbarkeitsstudie beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, welches die praktische Durchführung der Maßnahmen als umsetzbar bestätigte (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 18). Zwar könnte sich das Erreichen einer CO₂-

Neutralität bis zum Jahr 2035 als sehr kompliziert erweisen, ist aus technischer und ökonomischer Perspektive aber durchaus möglich. Es seien in allen Sektoren Methoden zur Umsetzung der Umstellung hin zum Klimaziel, nachgewiesen worden, doch könnte diese Veränderung auch oft mit Hemmnissen verbunden sein (vgl. Wuppertal Institut 2020: 101).

Nachdem nun die diversen deklarierten Zielsetzungen und Leitlinien Fridays for Futures dargelegt wurden, sollen im Anschluss die Einstellungen und Motive der Mitwirkenden von derlei Protesten analysiert werden. Diverse Analysen und Umfragen haben ergeben, dass Klimaschutz und der Kampf gegen den Klimawandel die meisten Menschen motiviert, den Demonstrationen beizuwohnen. Sie erhoffen sich durch ihr Handeln, Veränderungen der Gegenwartspolitik zu bewirken, da ihnen diese nicht ausreichend genug im Sinne des 1,5°C-Ziels agiert. Vor allem in der Anfangszeit der Bewegung tritt die Regierung als Institution sehr deutlich als Adressatin der Ereignisse heraus. Die Stimmung bei den Aktionen wird noch befeuert durch die Zukunftssorgen, die die Aktivist*innen miteinander gemein haben. Durch die Langzeitwirkungen des Klimawandels sehen sie sich auf lange Sicht ihrer Lebensgrundlage beraubt. Dies äußert sich auch, indem die Aktivist*innen die Generationengerechtigkeit stark thematisieren, sich als Jugend verpflichtet fühlend, die Politik auf sich aufmerksam zu machen (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 18; Sommer et al. 2020: 32). Eine Umfrage bei Großdemonstrationen 2019 liefert Einblicke in die Motivation der Teilnehmenden. 90% der Befragten geben an, dass sie Politiker*innen mit ihrem Protest unter Druck setzen wollen. Zu jeweils 80% ist ihre Anwesenheit auf die Verteidigung ihrer Interessen, das Ausdrücken ihrer Ansichten, der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Bekundung von Solidarität zurückzuführen. Weitere 72% fühlen sich moralisch verpflichtet die Demonstrationen zu unterstützen (vgl. Sommer et al. 2020: 36).

Obwohl die Mitwirkenden mehr oder weniger direkt die Politik und die regierenden Personen mit ihrem Protest ansprechen, gibt es doch diverse Meinungen bei der Frage, wer letztendlich schuld am Klimawandel sei. Hierbei scheiden sich die Äußerungen; eine Vielzahl der jungen Menschen benennt das individuelle Handeln und das Konsumverhalten als Hauptfaktor. Andere sehen die Wirtschaft, die Industrie oder große Unternehmen in der Verantwortung, sowie auch die Politik. Auch äußerten viele Befragte ein mögliches Zusammenspiel zwischen einer Kollektivschuld der westlichen Länder und einzelner Institutionen und Altersgruppen. Weniger häufig genannt wurden stattdessen systembezogene Schuldzuweisungen, wie beispielsweise den Kapitalismus betreffend (vgl. ebd., S. 34). Auf die Frage, auf welche Instanzen, Personengruppen oder Institutionen

man sich verlassen könne, den Klimawandel zu stoppen, äußerten viele ihr Vertrauen in die Wissenschaft, die Umweltprobleme überwinden zu können. Auf regierende Politiker*innen würde weniger vertraut, da sie aus eigener Motivation heraus nicht aktiv werden würden (vgl. ebd., S. 37). Dieselbe Studie erhob auch Daten, welche Handlungsoptionen die Mitwirkenden der Proteste in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels für erforderlich hielten. Die Teilnehmenden nannten sowohl allgemeine Maßnahmen, wie Bildung und Aufklärung, spezifizierten ihre Aussagen aber auch. Auf individueller Ebene müssten in der Bevölkerung mehr Menschen ihren Fleischkonsum reduzieren, mehr Fahrrad fahren oder weniger Plastikmüll erzeugen. Auch wurden Massentierhaltung und die Kohleindustrie als Beschleuniger der Klimakrise genannt. Ein Großteil der Befragten hielt eine Mischung aus Maßnahmen auf individueller, sowie struktureller Ebene für notwendig. Kritik äußerten sie auch vehement gegen das Wirtschaftswachstum und forderten auch einen generellen Wechsel der Wirtschaftsordnung. Dennoch wurden nur vereinzelt die Marktwirtschaft als Mittel gegen den Klimawandel genannt, wie es z.B. mit einer CO₂-Steuer möglich wäre. Im Gesamtüberblick wurde deutlich, dass häufig intensivere gesetzliche Regelungen gefordert wurden und sich in den meisten Begründungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse berufen wurde (vgl. ebd., S. 35 f.).

Auffällig bei Protesten Fridays for Futures, gerade mit Blick auf andere Umweltbewegungen, ist die Formulierung des Klimawandels als akutes, zeitgenössisches Problem. In vergleichbaren Prozessen wurde dieses Thema meist als globale und weit in der Zukunft liegende Problematik kommuniziert. Der jungen Vereinigung gelang es durch ihr Engagement und ihrer Zielsetzung, die Brisanz dessen an die Außenwelt heranzutragen (vgl. ebd., S. 32). Den Aktivist*innen ist es zu verdanken, dass viele Menschen stärker für den Umweltschutz sensibilisiert wurden und auf individueller Ebene Schritte in Richtung Klimaziel anstreben. Wirklich aussagekräftig und gehaltvoll erscheinen die Forderungen der Bewegung vor allem durch deren wissenschaftliche Grundlage. Da die von ihnen angestrebten Maßnahmen erreichbar sind, höchstwahrscheinlich verheerende Zukunftsfolgen verhindern und bereits auf Kommunal- und Landesebene durchführbar sind, hat die Politik theoretisch nur wenig Argumentationsspielraum diese nicht durchzuführen. Dennoch ist abzuwarten, ob und in welchem Umfang die Forderungen bei den entscheidenden Instanzen auf fruchtbaren Boden fallen.

3. Strukturelle Organisation der Bewegung

Angefangen mit einer einzelnen Schülerin, die mit einem selbst beschriebenen Schild vor einem Regierungsgebäude sitzt, und entwickelt zu einer Protestbewegung die Millionen von Menschen mobilisiert und sich, trotz diverser Widrigkeiten der letzten Jahre, noch immer engagiert, ist Fridays for Future weit gekommen. Diese Entwicklung wäre nicht ohne bestimmte strukturelle Begebenheiten und prägende Faktoren möglich gewesen. In diesem Teil der Arbeit werden zunächst die Protagonist*innen, die Gesichter der Bewegung dargestellt. In erster Linie Greta Thunberg, die die ersten Schritte initiierte. Im folgenden Abschnitt, der sich der strukturellen Beschaffenheit widmet, wird die Art und Weise, in der sich die Bewegung organisiert, erläutert. Auch wird darauf eingegangen, wie sich die Gruppen soziodemographisch zusammensetzen und nach außen hin präsentieren. Im Anschluss folgt eine Beschreibung der hier gewählten Protestform und wie sich ein typischer Schüler*innenstreik organisiert.

3.1. Protagonist*innen

Angeregt durch Greta Thunberg konnte die Jugendgruppe bereits nach wenigen Monaten länderübergreifende Erfolge verzeichnen. Im folgenden Abschnitt soll dieses Phänomen erklärt und die Repräsentant*innen der Bewegung thematisiert werden.

Fridays for Future ist keinesfalls die erste Bewegung, die durch Impulse einer einzelnen Person enormen Auftrieb erlangte, obwohl diese Entwicklung eher selten vorkommt. In der Umweltgeschichte kann beispielsweise Wangari Maathai als eine der bedeutendsten Aktivist*innen Afrikas gezählt werden. Sie setzte sich 1977 im Rahmen des „Green Belt Movements“ für Aufforstung in Kenia ein. Umweltschutz, nachhaltige Ressourcennutzung, sowie eine positive Veränderung von Lebensbedingungen zählten zu ihren Motiven. Auch galt sie als Inspiration für viele Frauen des Landes. 1984 wurde ihr für ihr Wirken der alternative Friedensnobelpreis verliehen. Eine weitere bedeutende Figur für den Umweltschutz ist Kumi Naidoo, 2009 bis 2015 Direktor von Greenpeace International. Bekanntheit erlangte er u.a. durch die Mitgründung des „Global Call to Action Against Poverty“, der Stimme gegen Armut. Die Organisation klärt über Nahrungsmittelressourcen auf und weist auf weltweite Hungersnöte auf (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 13).

Greta Thunberg, zu Beginn der Bewegung gerade einmal fünfzehn Jahre alt, wurde mit ihrem Streik vor dem schwedischen Parlamentsgebäude fast über Nacht zur Person öffentlichen Interesses. Die Stockholmerin gibt an, dass ihr erstmals mit acht Jahren die Erderwärmung und die massenhafte Umweltzerstörung bewusst geworden sei. Dies hätte sie als Kind so sehr gesorgt, dass sich daraus schließlich eine Depression entwickelte und letztendlich die Motivation, politische Veränderungen bewirken zu wollen (vgl. ZDFheute 2021). Dadurch, dass ihr gerade in den ersten Monaten fast die gesamte mediale Aufmerksamkeit der Bewegung zukam, entlud sich auch viel Kritik und sogar Hass auf die Minderjährige. Online wird sie für viele zum zentralen Feindbild, die sich durch ihre streng formulierten Forderungen und Aussagen persönlich angegriffen fühlen. Angriffspunkte finden die Verfasser bei Thunberg in Geschlecht oder Hautfarbe oder sie greifen sie aufgrund ihres diagnostizierten Asperger-Syndroms an. Hintergrund dessen wird auch in der Schaffung eines frauenfeindlichen Klimas gesehen (vgl. Gensing 2019). Doch die Zahl der Anhängerschaft übertrifft stets die, der konstruktivlosen Kritik und Thunberg steigt bereits nach kurzer Zeit zur Identifikationsfigur für viele junge Menschen auf. Ohne ihre Impulse und ihren Aufruf, ihr im Kampf gegen den Klimawandel zu folgen, wäre Fridays for Future nie entstanden. Das große Medieninteresse an ihrer Person kam der Ausbreitung der Bewegung enorm zu Gute, da sich vor allem Jugendliche und junge Erwachsene von ihr inspiriert fühlten. Besonders ihr Selbstbewusstsein und die ihr zugeschriebene Handlungskompetenz in Verbindung mit ihrer strengen Kritik und ihren energischen Forderungen der Politik gegenüber, macht sie in den Augen vieler zu einem Rollenmodell. Ihre viralen medialen Auftritte veranschaulichen die Handlungskompetenz von jungen Menschen und bewirken sogar die Mobilisierung von Jugendlichen, die sich zuvor noch nie klimapolitisch engagiert haben. Viele Teilnehmende der ersten Proteste und Schulstreiks geben an, von Thunbergs Beispiel motiviert worden zu sein, sodass sie gewillt waren, es ihr gleichzutun. Umfragen vom März 2019 in Deutschland ergaben, dass ca. 41% der am Protest teilnehmenden Jugend stark durch Thunbergs Wirken beeinflusst wurde. Bereits im November desselben Jahres fiel der sog. Greta-Effekt weit aus geringer aus. Obwohl der Einfluss der Schwedin im Laufe des Entwicklungsprozesses immer weiter abnahm, obgleich die Thematik Klimaschutz und aktuelle Themen zunahmen, wäre ohne ihren Einfluss auf den Mobilisierungsprozess der Aktivist*innen die anfängliche Betriebsamkeit in der Bewegung ausgeblieben. Wenn man die Tatsachen, dass die mobilisierten Teilnehmenden selbst über großes politisches Interesse und Motivation verfügen, fokussiert, ist die Dauerhaftigkeit von Thunbergs Einfluss auf die Bewegung noch bemerkenswerter. Außerdem lässt sich vermuten, dass sie vor allem auf

weibliche Engagierte Einfluss nahm, da deren Beteiligung an den Protesten im Vergleich überdurchschnittlich hoch ausfiel, mit ca. 20% mehr Teilnehmerinnen (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 25; Sommer et al. 2020: 41 ff.).

Der feministische Aspekt der Bewegung spiegelt sich auch in der Außenwahrnehmung wider. Fridays for Futures zentrale Personen in Deutschland sind junge Frauen – Luisa Neubauer, Clara Mayer und Carla Reemtsma. Diese Rollenverteilung wurde weniger strukturell geplant oder durch Wahlen konsolidiert, sondern ergab sich, mehr oder weniger, willkürlich (vgl. Sommer et al. 2020: 28; Rucht/Rink 2020: 110). In der Bewegung, sowohl auf nationaler, wie auch globaler Ebene, bestehen überdies keine offiziellen Vorstände oder Sprecher*innen (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 25). Dennoch wurde die junge Luisa Neubauer durch die Medien als Vertreterin oder gar Chefin der deutschen Fraktion der Umweltgruppe inoffiziell festgeschrieben. Grund dafür dürfte die Nähe zu Greta Thunberg sein und auch, dass sie formal der Vorstellung der Medien von den Klimaprotestler*innen entsprach: jung, engagiert und weiblich. Überdies kann sich Neubauer auch intern großer Beliebtheit erfreuen, obwohl die Festschreibung ihrer Position innerhalb der Bewegung manchen Mitaktivist*innen zu weit geht. In der Vergangenheit kam es wohl auch zu inneren Differenzen, da sich die Gruppe eigentlich basisdemokratisch orientiert und keine festen Positionen bestimmt (vgl. Rucht/Rink 2020: 110).

Eine Bewegung oder Gruppierung auf der Symbolik einer einzelnen Person aufzubauen hat in der Theorie Vor- und Nachteile. So kann einerseits der Kult um die Persönlichkeit einen massiven Effekt auf die Öffentlichkeit haben und der Bewegung so enorm Zulauf bringen. Menschen können sich motiviert fühlen, es dem/der Vorreiter*in gleich zu tun oder sich beeinflussen lassen. Auf der anderen Seite kommt somit dem/der Einzelnen eine große Verantwortung für sich, als auch für die gesamte Bewegung zuteil. Das öffentliche Interesse könnte sich auch stark negativ auswirken, da Menschen fehlbar sind und so selbst kleinere Fehlritte spürbare Folgen auslösen können. Gerade die Massenmedien, wie social media, verstärken diesen Effekt noch zusätzlich. Bei Fridays for Future konnte dies vor allem beobachtet werden, wenn sich Anhänger*innen von öffentlichem Interesse, zu Nicht-Klimaschutz-Themen äußerten (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 25).

3.2. Aufbau und strukturelle Gestaltung

Im Nachfolgenden wird die Organisationsstruktur der Klimabewegung im Hinblick auf interne Abläufe, als auch Aufgaben der Verwaltung in der Gruppierung dargestellt. Darüber hinaus wird analysiert, welche Menschen Fridays for Future mit ihren Protesten anspricht und mobilisiert und auch, was die Aktivist*innen so besonders macht.

Bereits festgehalten wurde, dass sich die Umweltschützer*innen basisdemokratisch organisieren und keine direkt festgeschriebenen Führungspositionen verteilen. In Deutschland bestehen hunderte Ortsgruppen, deren Hauptakteur*innen meist aus Schüler*innen der Oberstufe bestehen. Die anfangs noch kleinen Personenkreise entfalteten auffällig hohes Engagement und Produktivität angesichts ihrer neuen Aufgaben. Die Unterstützung der Mitaktivist*innen hält auch heutzutage bei vielen noch nach dem Schulabschluss weiter an, sodass sie im Studium weiterhin ihrer Position nachkamen. Die Ortsgruppen an sich verwalten sich anhand von periodischen, meist wöchentlichen Treffen, die physisch oder virtuell anhand von Telefonkonferenzen erfolgen. Auch ist die Onlinekommunikation, charakteristisch für die Gen Z, wichtiger Bestandteil des Austauschs innerhalb der Mitwirkenden. Bei kleineren Zusammenschlüssen mit unter zehn Mitgliedern, erfolgt die Organisation anhand von Arbeitsteilung. In Großstädten, in denen die Ortsgruppen mehr als hundert reguläre Engagierte zählen, mussten Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich in bestimmte Aufgabenbereiche gliedern. Beispiele dafür sind social media, Struktur, Finanzen oder Demo-Verbreitung. Diese Struktur der Arbeitsteilung erfolgt auch in der nationalen Organisation, meist anhand von Telefonkonferenzen. Physisch treffen sich die Verwaltenden oft nur zu großen Demonstrationen, zu denen multiple Ortsgruppen anreisen. Einer klar strukturierten oder festgeschriebenen Struktur unterwerfen sich die Aktivist*innen noch immer nicht, u.a. da dies der basisdemokratischen Orientierung widerspräche. Das heute angewandte System der Entscheidungsfindung ist Produkt eines anfänglichen Ausprobierverfahrens, welches je nach Standort unterschiedliche Ergebnisse hervorbrachte. Teilweise kommt so Personen in bestimmten Führungspositionen eine Entscheidungsgewalt zu, wie beispielsweise in Berlin. Dort setzte sich das Delegationsprinzip durch. Die „Abgeordneten“ werden für eine zwölfwöchige Zeitspanne bestimmt und alle vier Wochen erfolgt die Wahl einer neuen Person. Andernorts wird per Mehrheitsentscheid abgestimmt, wobei bei Telefonkonferenzen vom Umfragetool der Onlineplattform Telegram Gebrauch gemacht wird. Doch unabhängig wie individuell und spezifisch sich jede Ortsgruppe organisiert, charakteristisch für alle Zusammenschlüsse ist, neben der demokratischen Ausrichtung, dass bei relevanten

Entscheidungen Konsens unter den Mitwirkenden herrschen muss. Die wenigen Anhaltspunkte für strukturelle Maßstäbe und die nicht vorhandene Einheitlichkeit in der Verwaltung, hat bereits zu vereinzelt Komplikationen geführt. So wurde von mangelnder Transparenz berichtet, sowie von zeitweise auftretenden Konflikten (vgl. Rucht/Rink 2020: 108 ff.).

Medial wird Fridays for Future als Bewegung meist bestehend aus einer bestimmten Gruppe an Menschen dargestellt. Aktivist*innen sind meist junge Erwachsene oder Schüler*innen, überdurchschnittlich weiblich und treten sehr fordernd und selbstbewusst auf. Nach außen hin verstärkt die Bewegung dieses Bild. So wurde eine Großdemonstration 2019 bewusst von einer Gruppe Kinder angeführt (ca. 11 bis 14 Jahre), die vor den anderen Aktivist*innen voranschritten, um ein aussagekräftiges Bild der Situation für die Medien zu repräsentieren. Doch auch innerhalb der Protestmärsche sind auffällig viele Minderjährige vertreten, teils in Begleitung ihres Lehrpersonals. Gerade in den Anfangsmonaten der Bewegung war eine herausragend junge Altersstruktur charakteristisch. Diese stieg im Laufe der Ausbreitung immer mehr, da sich auch viele Sympathisant*innen anderer gesellschaftlicher Gruppen einbrachten und die Bewegung generell großen Zuwachs verzeichnete. Dennoch beteiligten sich noch immer vergleichsweise viele junge Menschen; Schätzungen zufolge waren im November 2019 5 bis 15% der Teilnehmenden unter 14 Jahren (vgl. Sommer et al. 2020: 21 f., 26).

Protestereignisse, wie Streiks oder Demonstrationen, wurden europaweit meist von männlichen Aktivist*innen geprägt, was sich in den letzten Jahren aber immer mehr wandelte (vgl. Sommer et al. 2020: 27). Die Fridays for Future-Bewegung wurde von Anfang an überdurchschnittlich von weiblichen Personen repräsentiert, sowohl in öffentlichen Rollen, als auch auf den Veranstaltungen. Besonders bei den anfänglichen Auftritten in den ersten Monaten lag der Frauenanteil teils bei über 60%. Aufgrund der sich schnell entwickelnden Teilnehmerzahlen wurden auch zunehmenden Männer mobilisiert, wodurch sich das Profil der Demonstrationen im November 2019 bereits dem des gesamtdeutschen Durchschnitts angenähert hatte. Indes betrug der Anteil weiblicher Mitwirkender noch immer 54% und in der Gruppe der unter 25-Jährigen sogar 58,1%. Dies entspricht der Altersgruppe von jungen Frauen und Mädchen, der zugesprochen wird, besonders anfällig für die Inspiration Greta Thunbergs zu sein. Vermutungen legen nahe, dass ihr Wirken und die starke weibliche Präsenz, die auch in den Medien so dargestellt wird, diese junge Gruppe besonders anspricht (vgl. ebd., S. 28 f.; Boscheinen/Bortfeldt 2021: 15 f.).

Ein Kritikpunkt von außen, mit dem die Aktivist*innen sich seit Beginn auseinandersetzen müssen, ist die hohe soziale Selektivität unter den Protestteilnehmenden. Diese Wahrnehmung spiegelt sich auch in Umfragen wider. Deutschlandweit ermittelte Daten ergeben, dass weniger als 10% einen Gesamt- oder mittleren Abschluss erreicht haben und dagegen mehr als 80% der Aktivist*innen das Abitur anstreben oder über einen höheren Abschluss verfügen. Auch Befragungen vom November 2019 lassen erkennen, dass es sich bei dieser Protestgemeinde überwiegend um Personen des Bildungsbürgertums handelt. Hier gaben rund die Hälfte der Teilnehmenden an, über einen Studienabschluss zu verfügen, oder diesen z.Z. anzustreben. Zusätzliche 10% promovieren oder haben dies bereits abgeschlossen. Diese Ergebnisse liegen im Vergleich deutlich über dem für Gesamtdeutschland ermittelten Durchschnittswerten. Dies trifft auch auf die Gruppe der jüngeren Protestler*innen, die, gemessen an den Berufen der Eltern, fast ausschließlich aus höheren Bildungskreisen stammen. Bei den Schüler*innen bis 19 Jahre konnte ermittelt werden, dass über die Hälfte der Väter und etwas unter 50% der Mütter einen akademischen Grad erworben haben. In der Elterngeneration der 50- bis 60-Jährigen liegt der Bundesdurchschnitt unter Akademiker*innen nur bei 19,32% (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 16; Sommer et al. 2020: 29 f.) Bei einer Befragung bei Demonstrationen im März und November 2019, wurden die Mitwirkenden aufgefordert sich selbst in ein Schichtsystem einzuordnen. Die Auswertung ergab, dass die Mehrheit der Aktivist*innen sich der oberen Mittelschicht zugehörig fühlt und über 30% der unteren. Personen der Oberschicht oder der sog. Arbeiterschicht sind dagegen weniger vertreten. Auch spiegelt die Umfrage die ethnische Zusammensetzung von den Umweltaktionen wider: teilweise weit über 90% der Engagierten wurden in Deutschland geboren. Nur eine sehr kleine Gruppe gibt an, direkten Migrationshintergrund zu haben, wodurch diese bei den Protesten, verglichen mit dem bundesdeutschen Durchschnitt, sehr unterrepräsentiert sind (vgl. Sommer et al. 2020: 30 f.).

Diese gehobenen sozialen Voraussetzungen im Zusammenhang mit den generationalen Verhältnissen ihrer Zeit, bewegen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sich so intensiv mit der Thematik Klimawandel auseinanderzusetzen. Sie befinden sich in einer gehobenen Stellung, durch die sie dem sog. *self improvement* und der Reflektion ihrer Lebensweise, z.B. ihr Konsumverhalten betreffend, nachgehen können. Für viele ist Grundvoraussetzung für die Proteste und die strikten Forderungen an die Politik, dass sie bereits auf individueller Ebene alles umgesetzt haben, um nachhaltig zu leben. Demnach ist der nächste logische Schritt für sie, nachdem sie bereits z.B. aufs Fahrradfahren umgestiegen sind und regional eingekauft haben, etwaiges umweltfreundliches Handeln

auch von anderen Mitgliedern der Gesellschaft und höheren Instanzen zu erwarten (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 31). Folglich erwies sich das politische Bewusstsein befragter Aktivist*innen bei Protesten 2019 als sehr hoch. Über 80% der Teilnehmenden gaben an, sich ziemlich oder sehr für Politik zu interessieren (vgl. Sommer et al. 2020: 43 f.). Dieselbe Umfrage bestätigte auch das enorme Engagement der jungen Demonstrant*innen, denn knapp die Hälfte äußerte zu glauben, mit ihrem Handeln die aktuelle politische Situation beeinflussen zu können (vgl. ebd., S. 46). Trotz, oder gerade wegen, der hohen Motivation und dem Wissen über Zeitgeschehen und aktuelle Entwicklungen, stehen viele der Politik recht kritisch gegenüber. Der überwiegende Teil von ihnen gibt an, Politiker*innen würden ihre Versprechungen i.d.R. nicht einhalten. Dennoch beteiligen sich die Fridays for Future-Agierenden sehr intensiv an Wahlen, da sie diese Möglichkeit der Mitbestimmung als geeignetes Mittel ansehen, positiv auf Parteien einwirken zu können. Generell ließe sich anhand diverser Umfragen ein gemischtes Verhältnis zur Politik feststellen, da das Vertrauen in führende Personen in Machtpositionen eher gering ist, aber in demokratischer Mitbestimmung ein Weg zu mehr Partizipation gesehen wird (vgl. Sommer et al. 2020: 47 f.).

Den Eindruck den sie nach außen vermitteln, dass es sich bei den Klimastreikenden um ein Kollektiv sehr privilegierter Gymnasial-Schüler*innen handelt, wird durch ihr teils enormes Fachwissen über Umwelt und Klima nach verstärkt. Jenny Lay-Kumar fasst ihre Erkenntnisse, nach eigenen Umfragen von mehreren grünen Jugendbewegungen, über deren Wissen den Klimawandel betreffend, zusammen. Hierbei vergleicht sie die gewonnenen Ergebnisse mit denen der Durchschnittsdaten von Gleichaltrigen. Lay-Kumar bestätigt, dass für die sich engagierenden Jugendlichen ein großes Wissen über ihre Thematik charakteristisch ist und diese Kenntnisse in einen aktivistischen-ideologischen Rahmen gebettet sind. Diese Grundlage verleitet die Jugendlichen dazu, sich im Kontext Klimawandel oft hilflos und unverstanden zu fühlen. Sie entwickeln häufig ein ambivalentes Verhältnis zur Thematik, da sie die von ihr ausgehende Bedrohung als sehr betäubend empfinden, aber sich auch untereinander gegenseitig motivieren und zumindest geringe Hoffnung aufbauen, doch Positives für die Zukunft bewirken zu können. Dies entspricht auch den Umfragen bezüglich der Beziehung von Politik und Aktivist*innen, denn auch hier sind die Emotionen und Einstellungen zwiesgespalten (vgl. Lay-Kumar 2019: 232 f.). Obwohl bei ihnen bezüglich des Klimawandels doch optimistische Einstellungen gegenüber der Resignation überwiegen, übertragen sie die negativen Emotionen auf ihre eigenen Zukunftsperspektiven. Dabei unterscheiden sie nur wenig zwischen globalen und subjektiven Aussichten – die ungewisse Entwicklung des

Planeten und die damit einhergehenden Folgen für uns Menschen sind für sie nicht voneinander zu trennen (vgl. ebd., S. 234).

Aus ihrer privilegierten Situation heraus ist es nachvollziehbar, dass die engagierten Menschen sich in einer Position befinden, in der sie es sich leisten können über Klimaschutz zu diskutieren, sich beim Einkauf für teurere Produkte zu entscheiden oder mit der Bahn zu fahren, statt mit günstigeren Alternativen. Die Masse von ihnen stammt aus einem gehobenen sozialen Milieu, wodurch sie Problematiken wie Armut, Arbeitslosigkeit oder Existenzängsten nie oder nur am Rande tangieren. Kritiker*innen sind vollkommen im Recht, wenn sie behaupten, die Fridays for Future-Anhänger*innen verträten ein Weltbild, das elitären Strukturen entstammt und nicht für die breite Masse reproduziert werden kann. Doch ist die Perspektive, die Welt zum besseren verändern zu wollen, als grundsätzlich positiv anzusehen, auch wenn eine Vielzahl der Ideen der Bewegung der Ideologie junger Akademiker*innenkinder der westlichen Länder entstammen mögen. Abzuwarten bleibt, ob nach der Findungsphase der letzten Jahre, neue Methoden und Ideen aufgekommen sind, sich breiter aufzufächern und aus dem eigenen Milieu herauszutreten. Für ihre Ziele scheint es unerlässlich, Unterstützung aus der breiten Bevölkerung zu gewinnen, da mögliche Folgen der Klimakrise von gesamtgesellschaftlicher Relevanz sein werden.

3.3. Protestformen und -aktionen

Im aktuellen Kapitel wird genauer auf die gewählte Aktionsform des Schüler*innenstreiks eingegangen, wobei anfangs theoretisch Begriffe wie kollektive Identität und Protestereignis definiert werden. Desweiteren wird auf die spezifische Gestaltung der charakteristischen Freitags-Demonstrationen der Jugendbewegung eingegangen und auch, wie Schulen als Institution zur Organisation derer genutzt wurden. Abschließend erfolgt, unter Verweis auf aktuelle Entwicklungen und das Aufkommen der „Letzten Generation“, auf die Zukunftschancen der Proteste und das Verhältnis zur Radikalisierung eingegangen.

In den letzten Jahrzehnten konnten gesellschaftliche Veränderungen, wie die Auflösung von Traditionsverhältnissen oder stabilen Gemeinschaften, in allen westlichen Ländern beobachtet werden. Um auf diese, sich ständig weiterentwickelnden, Prozesse reagieren zu können, sind Systeme, die auf diese angewiesen sind, wie auch soziale Bewegungen gezwungen, sich diesen ständig anzupassen und sich selbst zu konfigurieren.

Dazu ist die Entwicklung eines handlungsfähigen „Wir“ erforderlich, welches den aktivistischen Aktivitäten einen Rahmen gibt und Orientierung gebend fungiert. Diese Erscheinung, auch kollektive Identität genannt, dient dazu, aus den Mitwirkenden eine funktionsfähige Gemeinschaft zu bilden, sodass sich sowohl der Kern der aktiven Bewegungspersonen, als auch Sympathisant*innen mit ihr identifizieren können. So entsteht ein Gefühl der Solidarität und Gesamtheit auch unter Menschen, die sich nicht persönlich kennen. Des Öfteren entsteht innerhalb der Gruppierung auch eine individuelle Subkultur, in der politische und alltägliche Prozesse stattfinden (vgl. Haunss 2002: 13 ff.). Dieter Rucht beschreibt kollektive Identität als Attribut Bewusstseins- und Ausdrucksformen, von mehreren Menschen, die sich zusammengehörig fühlen und durch die Präsentation dieser Gemeinschaft auch von ihrer Umgebung als eine solche wahrgenommen werden. (vgl. Rucht 1995: 10). Zu diesen Merkmalen des Zusammenhalts gehören u.a. die Betonung von Gemeinsamkeiten oder symbolische Demonstrationen (vgl. Nover 2009: 43).

Grundfunktion der Fridays for Future-Bewegung ist der wöchentliche Schulstreik, sowie der Zusammenschluss in großen Massendemonstrationen. Beide Aktionsformen können als Protestereignis definiert werden, da sie als Gemeinschaft öffentlich Kritik äußern und ihr Anliegen sowohl politischer, als auch gesellschaftlicher Natur ist. (vgl. ebd., S. 29). Da diese Form der Mitbestimmung außerhalb der regulären Partizipationsformen auftritt, gilt politischer Protest als Ausdruck unkonventionellen politischen Verhaltens (vgl. bpb 2023). Grundbedingung für das Entstehen dieses Phänomens sind soziale Konflikte, oder zumindest die Wahrnehmung sozialer Phänomene als konflikthaft aus der individuellen Perspektive der Akteur*innen. Daneben ist das Aktiv-Werden vieler Partizipierender charakteristisch, welches organisiert und gleichzeitig abläuft (vgl. Nover 2009: 20 f.). Protest fungiert für die Beteiligten meist als Mittel, eigene Empörung oder Engagement ein bestimmtes Thema betreffend, auszudrücken und dafür die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Die Aufmerksamkeit die sie erzeugen wollen ist zentraler Bestandteil von Protesten. Historisch können spezifische Proteste nicht nur als Antwort für gesellschaftliches Konfliktpotential betrachtet werden, sondern auch sozialen Wandel herbeiführen (vgl. ebd., S. 28).

Im Folgenden soll der Fokus auf die, die öffentliche Debatte dominierenden, Freitaglichen Streiks der Jugendlichen eingegangen werden, für die die Aktivist*innen bereit waren, die eigene Schulpflicht zu verletzen. Formal gestalten sich die Streiks nicht einheitlich und variierten stark zwischen den einzelnen Städten. Je nach Austragungsort unterschieden sich die Teilnehmendenzahlen stark und teilweise auch von Woche zu Woche. In Hamburg konnten Beobachtungen vom Winter 2019/20 eine Spannweite von 80 bis

1.000 Protestierenden verzeichnen (vgl. Grupp et al. 2020: 115, 121). Auffällig ist, dass die Zusammenkünfte möglichst zentral gehalten werden, also oft an öffentlichen und zentralen Orten stattfinden. Der Beginn der Treffen variiert zwischen vor- und nachmittags, doch sie enden im Regelfall nach zwei Stunden (vgl. ebd., S. 115 f.). Der Beginn erfolgt meist durch das Begrüßen der Teilnehmenden von den Organisator*innen, das meist durch kollektives Skandieren von Parolen gekennzeichnet ist. Die Gruppe kennzeichnet sich äußerlich durch Plakate und Transparente, die klimathematisch geprägt sind. An manchen Protesttagen finden Redebeiträge, meist von Personen aus dem Umfeld der Aktivist*innen, statt, die spezifische Thematiken, wie Landwirtschaft oder die Rodung des Hambacher Forstes, thematisieren. Der inhaltliche Schwerpunkt einer Kundgebung wird meist durch spezifische Aktionen unterstützt, wie z.B. Laternenmärschen oder Müllaufsammeln. Neben dem klimapolitischen Aspekt, werden auch Ausdrucksformen anderer Strömungen bei den Protestlern beobachtet, wie linkspolitische Symbole oder Zeichen der LGBTQIA+-Szene (vgl. ebd., S. 117 f.). Die auffälligen, teils provozierenden Handlungen in der Öffentlichkeit riefen gemischte Reaktionen der Schaulustigen und Passant*innen hervor. Viele zeigten sich interessiert, die meisten hielten allerdings eher Abstand zum Geschehen. Teils wurden negative Reaktionen offen ausgedrückt und bezogen sich meist aufs Schulschwänzen oder die Thematik Klimaschutz (vgl. ebd., S. 119).

Als Katalysator der Protestbewegung erwiesen sich die Schulen, zu denen den Protestler*innen ein allgemein schwieriges Verhältnis unterstellt wird. Durch die Netzwerke innerhalb einer Institution konnten gleichaltrige, ähnlich sozialisierte Menschen effektiv für die Aktivitäten der Umweltbewegung angeworben werden. Durch den sog. Schneeball-effekt der ein weites Geflecht aus Kommunikationsebenen entstehen ließ konnten massenhaft Menschen in sehr kurzer Zeit mobilisiert werden. Dies erwies sich gerade in der Anfangszeit als sehr nutzbringend; viele Demonstrant*innen gaben an, durch Mitschüler*innen von dem Ereignis erfahren zu haben. Was im Regelfall bei anderen Gruppierungen mit finanziellen und zeitlichen Belastungen einhergeht, konnte so im täglichen, und direkten Austausch verwirklicht werden. Dies gestaltete sich in einer gewohnten Umgebung, beinahe beiläufig, vor allem in Gymnasien. (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 24). Durch die persönliche Gestaltung der Kommunikation hatte die Zu- oder Absage zu einer Aktion einen deutlich verbindlicheren Charakter, als es z.B. beim Anwerben von Protestierenden über social media der Fall wäre. Umfragen bestätigten, dass ca. die Hälfte der Aktivist*innen durch den Freundes- und Bekanntenkreis mobilisiert wurde. Obwohl Onlinekommunikationsnetzwerke sehr relevant für die Organisation und auch

Interaktion innerhalb der Mitwirkenden waren, hatten diese weniger Einfluss auf die Rekrutierung von Anhänger*innen, als persönliche Kontakte. Soziale Medien überzeugten nur 20 bis 30% der Mitwirkenden, sich den Aktionen anzuschließen, interne Abstimmungen in Organisationen oder anderen Gruppen, sowie althergebrachte Mittel, wie Poster oder Flyer, sogar noch weniger. Wenig überraschend ist in diesem Kontext, dass sich die Ergebnisse der erwachsenen Aktivist*innen bezüglich der Informationsquellen, von denen der Jugend, unterscheiden. Dies betrifft auch den Einfluss von Gleichaltrigen und Peers für die Mobilisierung; hier gaben nur 5% der jugendlichen Akteur*innen und mehr als 20% der Erwachsenen an, sich ohne Begleitung den Streiks angeschlossen zu haben (vgl. Sommer et al. 2020: 39 f.). Diese Ergebnisse geben Einblick in die Relevanz sozialer Gefüge für die Umweltbewegung, sowohl für die anfängliche Rekrutierung von Teilnehmenden, als auch für das Fortbestehen dieser. Eine solche Kommunikationsstruktur, durch die vorwiegend Schüler*innen angesprochen werden, spiegelt sich auch in der soziodemographischen Zusammensetzung der ersten Protestmonate wider, für die noch ein sehr junger Altersdurchschnitt charakteristisch war.

Nach über einem Jahr fluoreszierender Entwicklung führten die Corona-Pandemie, folgende gesellschaftliche Krisenzeiten die durch Ukraine-Krieg und Inflation geprägt waren und generelle sichtliche Stagnierung innerhalb der Umweltgruppe zu Problematiken. Rückläufige Beteiligung bei den Protesten und zeitgleiches Aufkommen neuerer, provokativer Gruppen, stellten die Bewegungen vor unbekannte Herausforderungen. Die öffentliche Debatte, die die meiste Zeit von Fridays for Futures Motivation, Demographie oder Legitimität ihrer Aktivitäten geprägt war, wandelte sich hin zur Thematisierung einer mutmaßlichen Radikalisierung der Protestierenden. Gerade die Gruppe Extinction Rebellion sorgt bis heute kontinuierlich durch diverse Aktionen für mediales Aufsehen (vgl. Hurrelmann/Albrecht 2020: 8). Auf ihrer Internetseite deklarieren die Klimaaktivist*innen: „Wir sind die Letzte Generation, die den Kollaps unserer Gesellschaft noch aufhalten kann. Dieser Realität ins Auge blickend, nehmen wir hohe Gebühren, Straftatvorwürfe und Freiheitsentzug unerschrocken hin“ (Letzte Generation 2023). Die neuen Akteur*innen erregen durch ihren weit radikaleren Protestansatz, wie das Blockieren von Brücken oder Straßensperrungen, öffentliches Interesse und Kritik aus diversen Bevölkerungskreisen. Ihre Taten begründen sie durch die Resistenz der Politik bezüglich der Klimakrise – sie fordern einen drastischen Wandel des derzeitigen Kurses (vgl. Hurrelmann/Albrecht 2020: 8). Kollektiven zivilen Ungehorsam als Mittel zur Erregung öffentlichen Interesses einzusetzen, um die Ziele einer Bewegung publik zu machen, hat positive und negative Aspekte. Mediale Aufmerksamkeit ist durch die radikalen Methoden

fast determiniert, doch geht meist mit überwiegender Ablehnung der Aktivitäten durch die restliche Bevölkerung einher. Es können sich aber auch einzelne Sympathisierende finden, die sich für die strikt gewaltfreien Aktionen aussprechen (vgl. Rucht 2019). In kleinem Stil könnte der Schüler*innenstreik der Fridays for Future-Anhänger*innen bereits zu zivilem Ungehorsam gezählt werden, da sie durch die Verletzung der Schulpflicht einen Regelbruch begehen (vgl. Theurer 2022: 26). Ob die Bewegung sich künftig in eine konfrontativere Richtung entwickeln wird, um im medial repräsentiert zu bleiben, ist fraglich. Sebastian Haunss äußerte sich zweifelnd dieser Theorie gegenüber, stellte die sog. Radikalisierung lediglich eine Gesetzesübertretung geringfügigen Ausmaßes dar. Für ihn scheint eine Ausdifferenzierung von Aktionsformen und -methoden wahrscheinlicher, die innerhalb der Proteste stattfindet. Seiner Überzeugung nach wird aber der Straßenprotest, u.a. in Form von großen Demonstrationen, auch weiterhin Kernelement der Klimabewegung bleiben, da dieser eines der zentralen Gegenstände jeder Bewegung sei und veranschauliche, wie viele Menschen tatsächlich hinter den Zielen der Bewegung stehen und gewillt sind, diese aktiv zu unterstützen (vgl. ZDFheute 2022). Bleibt also abzuwarten inwiefern sich der Kurs Fridays for Futures und der Klimabewegungen allgemein in nächster Zeit entwickelt: ob aufmerksamkeitserregende Aktionen Überhand nehmen oder ob die Brisanz des Klimawandels ausschlaggebend genug ist, weiter engagierte Menschen zur Partizipation in Protesten und Demonstrationen zu bewegen.

4. Rechtliche Situation und Problematiken

Im Folgenden wird die grundlegende Debatte um Fridays for Future erörtert – dürfen die Aktivist*innen der Schule fernbleiben, um stattdessen fürs Klima zu demonstrieren? Auf welche Legitimationen sie sich stützen und wie sich die rechtliche Situation wirklich verhält werden in Relation zueinander gebracht. Des Weiteren werden die Problematiken, die sich durch diesen Diskurs ergeben, dargelegt.

Die gesamte Situation stellt ein Dilemma dar für viele Entscheidungsträger*innen und Menschen, die sich gezwungen sehen, sich dazu zu positionieren. Noch immer scheint es ungeklärt, ob sich die Schüler*innen mit ihrem Fernbleiben des Unterrichts, strafbar machen oder nicht. Dabei ist die Prämisse, gegen die Schulpflicht zu verstoßen Teil des Konzepts der jungen Bewegung. Wie bereits angesprochen generiert eine solche Form des zivilen Ungehorsams Aufmerksamkeit, die, hätten sich die Aktivist*innen an reguläre Aktionsformen gehalten, wohl weitaus weniger intensiv ausgefallen wäre. Die Lernenden formulieren ihr Anliegen ganz bewusst als Provokation der Autoritäten, die sie mit ihrem Protest auch ansprechen wollen, etwas zu ändern. Oft steht im Raum, ob ein etwaiges Verbot der Klimastreiks nicht gegen das Versammlungsrecht verstoßen würde. Auch, dass viele Engagierte noch minderjährig sind, verkompliziert die Thematik noch zusätzlich. Noch wurde die Debatte nicht offiziell gerichtlich aufgeklärt, ob es sich hierbei tatsächlich um eine Straftat handelt (vgl. Schneider/Toyka-Seid 2023). Doch erscheint es fraglich, ob ein solches Urteil notwendig ist, oder ob rechtliche Grundlagen nicht doch ausreichen, um eine valide Entscheidung zu treffen.

Eigentlich kann die Diskussion schnell beendet werden, denn in Deutschland gilt Schulpflicht und wer diese nicht einhält vollzieht demnach eine Straftat. Bildung ist Ländersache und es besteht kein deutschlandweit gültiges Gesetz für bspw. Schulpflicht, sodass im Folgenden Gesetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern zitiert werden. Dort wird festgehalten, dass alle Schüler*innen verpflichtet sind, die Schule zu besuchen – entweder bis zum Ende eines Ausbildungsverhältnisses oder mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter (vgl. § 41 Abs. 1 SchulG M-V; § 42 Abs. 2 SchulG M-V). Zwar kann diese Gesetzmäßigkeit durch Umwege umgangen werden, doch gab es dahingehend noch kein Urteil einer höheren Instanz, sodass sie weiterhin grundsätzlich gilt. Eine sehr inaktuelle, dafür aber deutliche rechtliche Positionierung stellt der Beschluss der Kultusministerkonferenz von 1973 dar. Darin erklären die Politiker*innen Schüler*innenstreiks schlicht als organisiertes, unentschuldigtes Fehlen im Unterricht. Gegen die Verpflichtung, regelmäßig am Unterricht und anderen obligatorischen Veranstaltungen zu erscheinen, dürfe

auch im Kollektiv nicht verstoßen werden. Schon in den 70er Jahren wurde auf die Rechtfertigung eingegangen, dass Schüler*innen nur das ihnen zustehende Recht auf Proteste und Demonstrationen gelten machen wollen. Der Beschluss der Konferenz weist darauf hin, dass die Teilnahme an derlei Aktivitäten das Schulrecht nicht außer Kraft setzen würde und z.B. Demonstrationen auch in unterrichtsfreier Zeit durchgeführt werden könnten (vgl. Kultusministerkonferenz 1973: 12). Damit fassen die Minister*innen die Argumentation vieler heutiger Personen in Politik und Bildungssystem recht gelungen zusammen. Prinzipiell hätten die Schüler*innen sogar das Recht, für Streiks und andere Formen der Meinungsäußerung den Unterricht zu verwehren, doch nur bei Spontandemonstrationen, welches bei angekündigten, organisierten Protestformen aber keine Gültigkeit besitzt (vgl. Unterberg 2019).

Im Sinne der Protestierenden wird oft mit dem Wortlaut des Rechts auf Versammlungsfreiheit argumentiert, welches laut Art.8 GG für alle gilt, also in diesem Fall auch für Schüler*innen. Zudem könnten sie rechtlich offiziell vom Unterricht befreit werden, wenn eine weisungsbefugte Behörde bescheinigt, dass dafür ein berechtigter Grund vorliegt, sowie ausreichend Unterricht gewährleistet ist, oder an anderer Stelle eine gleichwertige Förderung besteht (vgl. §48 Abs. 2 SchulG M-V). Begründen tun die Aktivist*innen ihre Entscheidung zum Schulschwänzen reichlich, das Argument, für eine lebenswerte Zukunft und die des gesamten Planeten zu kämpfen, fällt wohl am stärksten ins Gewicht. Auch den zweiten Punkt könnten Aktivist*innen, zumindest theoretisch, erfüllen, da sie als Veranstalter*innen von Kundgebungen bis zu Massenprotesten enorme organisatorische Fähigkeiten beweisen müssen. Darunter zählen Punkte wie das Überwinden von Widrigkeiten bei der Planung solcher Veranstaltungen, Diskussionen mit anderen und das Finden von Kompromissen, aber auch das Vertreten des eigenen Standpunktes und die Konfrontation mit anderen Werthaltungen und Meinungsbildern. Befürworter des Schulstreiks sehen in den Schüler*innenzusammenschlüssen sehr wohl ein Umfeld, in dem Lernen und Weiterentwicklung ermöglicht werden (vgl. Teune 2020: 132). Ähnliches findet sich sogar im Schulgesetz wieder, welches den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schulen auch hinsichtlich politischer Bildung definiert und erklärt, dass den Lernenden das benötigte Wissen vermittelt werden soll, um am politischen Leben teilzuhaben (vgl. §2 Abs. 2 SchulG M-V). Auch determiniert dieser Punkt des Gesetzes, dass Schulpflichtige zu zuverlässigen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen seien, die sich auch dementsprechend verantwortlich gegenüber künftigen Generationen zeigen (§2 Abs. 1 SchulG M-V). Auf diesen Punkt stützen sich die Aktivist*innen, der sowohl im Grundgesetz (Art. 20a GG), als auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

festgehalten ist und den Staat als Verantwortlichen für künftige Generationen und deren Lebensgrundlagen festlegt (vgl. Fridays for Future f 2023).

Der Diskurs zwischen Schulpflicht und Versammlungsfreiheit der Aktivist*innen ist aus dieser Perspektive heraus umfangreicher, als auf den ersten Blick absehbar. Wenn man sich nur auf die derzeit bestehende rechtliche Situation beruft, müsste wohl im Sinne derjenigen, die auf die Durchsetzung der Schulpflicht beharren, gestimmt werden, da keine anderweitige Entscheidung einer entsprechenden Instanz eingeleitet wurde. In diesem Zusammenhang müssten die Schüler*innen eigentlich Konsequenzen für ihr strafbares Verhalten erhalten. Doch stellt sich die Frage, ob die Lernenden überhaupt verantwortlich gemacht werden können und nicht etwa Eltern, Lehrer*innen oder die Verwaltung in der Position sind, die Aktivist*innen vom Schulschwänzen abzuhalten. Laut Jugendgerichtsgesetz sind Jugendliche (14 bis 18 Jahre) für schuldig zu bekennen, wenn sie eine Verfehlung begangen haben und sich zum Tatzeitpunkt in der Lage befanden, dies als Unrecht einzusehen und danach zu handeln (vgl. §1 Abs. 2 JGG; §1 Abs. 1 JGG; §3 JGG). Da die Schüler*innen sich bewusst für ihren Protest entschieden haben und mögliche Folgen dem Klimaschutz unterordnen, kann man sie durchaus für ihre Taten haftbar machen. Allerdings sind auch die Erziehungsberechtigten in der Position, die Einhaltung der Schulpflicht zu beaufsichtigen (§49 Abs. 3 S. 3), die aber selbst meist den Protest der Jugendlichen für gut befinden (vgl. Grupp et al. 2020:125). Würde es aufgrund des Schulstreiks zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen, würde der Fall wahrscheinlich als ziviler Ungehorsam nur geringfügig geahndet werden. Nach §46 StGB kann hier durchaus ein mildes Urteil gefällt werden, wenn der/die Richter*in die Motive der Aktivist*innen als besonders achtenswert einschätzt. Wahrscheinlich ist aber, dass ein solches Belangen wegen geringer Schuld wieder eingestellt werden könnte (§153 Abs. 1 StPO; vgl. Theurer 2022: 26 ff.). In der Praxis gestaltet sich der Umgang mit den streikenden Schulpflichtigen als problematisch, da sich aus höheren Ämtern klar gegen diese Art der Meinungsäußerung ausgesprochen wird, aber handlungsweisende, verbindliche Entscheidungen gemieden werden. Die Bildungsministerien der Bundesländer übertragen die Verantwortung größtenteils an die Schulen. Somit entstehen zwischen den Ländern, als auch zwischen einzelnen Bildungsinstitutionen große Unterschiede, wie mit der Situation umgegangen wird. Berichte variieren zwischen dem stillschweigenden Tolerieren des Fernbleibens und dem Vermerk von Fehlstunden oder Androhen von Verweisen (vgl. MDR 2019). Einzelne Schulen unterstützen das Verhalten der Streikenden aber sogar offiziell. Ein meist von Lehrpersonen bevorzugter Kompromiss war es meist, das Fehlen einer bestimmten Anzahl zu akzeptieren und sie

als fehlend zu vermerken (vgl. Grupp et al. 2020: 124 f.). Lösungswege konnten bis jetzt beispielsweise im Ausgleich solcher Fehlstunden durch Sozialarbeit an den Schulen, zumindest in kleinem Rahmen, aufgezeigt werden (vgl. MDR 2019). In jedem Fall müssen aber die versäumten Inhalte nachgeholt werden. Die hohen individuellen Kosten für die Schüler*innen hält einige Sympathisant*innen von einer eventuellen Beteiligung an den Protesten ab (vgl. Grupp et al. 2020: 125). Betrachtet man die negativen Konsequenzen, die die Partizipation in Schüler*innenstreiks mit sich bringen, ist der große Zulauf und die rasante Verbreitung 2018/2019 eigentlich überraschend. Eventuell kann das allmähliche Ausbleiben der Freitagsdemonstrationen und der generelle Beteiligungsschwund auch mit dem allmählichen Durchgreifen von Institutionen in Verbindung gebracht werden.

Die Tatsache, dass noch immer solche Differenzen zwischen der Handhabung der Problematik zwischen unterschiedlichen Schulen besteht, veranschaulicht, dass die Debatte, obwohl sie aus rechtlicher Sicht mehr oder weniger eindeutig ist, noch immer nicht vollständig geklärt ist. Es zeigt, dass Bildungsinstitutionen sich auf verschiedene Interpretationen von Gesetzmäßigkeiten berufen und so teils die Schulpflicht weniger priorisiert. Die Frage der Zuständigkeit, über dieses Diskussionsthema entscheiden zu können, bleibt auch ungeklärt, da Ministerien diese auf die einzelnen Schulen übertragen. Die Praxis zeigt, dass, unabhängig ob im Alltag Schulleitung oder Lehrende eventuelle Schritte einleiten, diese stark von subjektiven Haltungen von Individuen geprägt sind. Wenn in der Praxis letztendlich einzelne Lehrer*innen entscheiden, ob und inwiefern die Lernenden dem Unterricht fernbleiben dürfen, kann das aus Gründen, wie deren subjektive Haltung der Situation oder den einzelnen Schüler*innen gegenüber, problematisch sein. Als nicht prinzipiell negativen Aspekt kann dagegen das Beurteilen der Systematik vor Ort gewertet werden, unter Berücksichtigung diverser situationsbedingter Faktoren. Zwar stellt sich hier noch immer die Frage, ob zumindest Orientierung gebende Vorgaben, um die interinstitutionellen Ungleichheiten etwas zu umgehen, nicht doch sachdienlich wären. Allerdings können so im Schulalltag Entscheidungen speziell anhand der Teilnehmendenzahlen, der jeweiligen Unterrichtsfächer und eventuell der darin zum gegebenen Zeitpunkt behandelten Inhalte bzw. des Zeitpunkts im Schuljahr, beispielsweise einer Klausurenphase, getroffen werden. Doch selbst, wenn einzelne Lehrkräfte den Streik sogar unterstützen, bleibt die Frage, welche Handlungsgewalt Lehrenden zusteht, die das Verhalten nicht tolerieren wollen. Mehr als das wiederholte Aufschreiben von Fehlstunden können sie kaum ausrichten, solange sie nicht z.B. mit der Schulleitung zusammen agieren. Die Debatte wird meist aus der Perspektive geführt, in der die

fehlenden Schüler*innen als aktive Umweltschützer*innen betrachtet werden. Doch wie würde damit umgegangen werden, sollten manche tatsächlich, gemäß den Aussagen vieler Kritiker*innen, nur streiken, um die Schule schwänzen zu können, oder am Ende gar nicht wirklich an Protesten teilzunehmen und regulär fehlen würden? Müssen die Konsequenzen sich der Art des unentschuldigten Fehlens anpassen? Rechtlich ist die Angelegenheit eigentlich eindeutig, doch in der Praxis, allein daran gemessen, dass einzelne Institutionen das Fehlen der Aktivist*innen aktiv befördern, gestaltet sich die Thematik wahrscheinlich anders, stehen diese Schulen tatsächlichen „Schulschwänzern“ kritischer gegenüber. Auch stellt sich die Frage, inwiefern sich das tatsächliche Einbringen der Schulpflichtigen in die Freitagsproteste kontrollieren lässt. In diesem Fall erscheint es fast erforderlich, die Proteste beaufsichtigen zu lassen oder sich von den Schüler*innen bescheinigen zu lassen, dass sie daran teilgenommen haben. Ein weiterer Aspekt, der Schulen trifft, die sich auf die Seite der Aktivist*innen stellen, ist die Frage nach der politischen Integrität. Gemäß Art. 7 GG ist der Staat neben den Erziehungsberechtigten für die Bildung der Jugendlichen in der Verantwortung (vgl. Wrase 2020). Dem Tolerieren oder gar aktiven Unterstützen von Schüler*innen, die die Schulpflicht aussetzen, um an grünen, überwiegend linkspolitisch geprägten Protestaktionen teilzunehmen, können Lehrkräfte und Institutionen eigentlich nicht nachkommen, es sei denn, sie würden dieses Verhalten auch für z.B. wirtschaftlich oder konservativ motivierte Proteste befürworten.

Die Diskussion um die Rechtmäßigkeit des Schüler*innenstreiks und die Frage, ob sie diese Protestform auch wirklich während des Unterrichts durchführen müssen, erhitze die öffentliche Debatte weit mehr als Themen, für die sich die Demonstrant*innen einsetzen. Das wirft die Frage der Verhältnismäßigkeit auf: Wo liegt in dieser Situation tatsächlich die Problematik oder Relevanz. Fast paradox erscheint die Situation vor dem Hintergrund, dass sich Fridays for Future in erster Linie gründete, um Politiker*innen an das vereinbarte 1,5°C-Ziel zu erinnern und sich dabei auf das Versprechen der Länder berief, sich an das Pariser Klimaabkommen zu halten. In dieser Hinsicht verursachten die Entscheidungsträger*innen fast aller politischen Sektoren die heutige Debatte – und noch immer thematisieren sie nicht die Thematik, sondern konzentrieren sich medial auf streikende Schüler*innen. Im Großen werfe diese Systematik ein Demokratieproblem auf, so Christina Cazzini. Sie weist auf das prinzipielle, übergeordnete Problem hin, dass die teils minderjährigen Lernenden sich offensichtlich in einer Situation sehen, die so prekär und von allgemeinem Interesse ist, dass sie dafür die Konsequenzen eines Streiks provozieren, um die Politik an eigens gegebene, demokratisch beschlossene,

Versprechen zu erinnern. Hier sei ein Bruch zwischen Repräsentation und Repräsentierten entstanden, was höchst problematisch sei (vgl. Cazzini 2022: 404).

Zusammenfassend kann die Diskussion damit beendet werden, dass die Problematik durch adäquates Handeln politischer Entscheidungsträger*innen wahrscheinlich schon zu Beginn den enormen Andrang auf die soziale Bewegung verhindern hätte können. Jetzt sieht sich das Bildungssystem vor dieser Problematik und ähnlich der Thematik der Klimakrise, werden konsequente Entscheidungen vermieden. Im Praxisalltag entscheiden oft subjektive Persönlichkeiten über das deutschlandweite Phänomen, was als problematisch empfunden werden kann, da so eine große Differenz zwischen den einzelnen Institutionen aufkommt und die Handlungsmotive der entscheidenden Personen nicht erfasst werden können. Zwar betonen höhere Instanzen die Rechtmäßigkeit der Schulpflicht, aber die Tatsache, dass in der Praxis teils nicht danach agiert wird, zeigt die Dringlichkeit einer erneuten, weniger strikten Positionierung oder härteres Durchgreifen des Staates.

5. Lehrer*innenperspektive und -positionierung

Wie bereits dargestellt, erweist sich die eigentlich systematische Frage nach dem Umgang mit Schüler*innen, die freitags dem Unterricht fernbleiben, um Streiks zu organisieren, in der Praxis als deutlich weniger einheitlich umsetzbar. Oft trifft es Lehrende, eventuelle Konsequenzen für die Schüler*innen zu bestimmen. Ob sich Pädagog*innen im Sinne der Schulpflicht für konsequente Maßnahmen, wie dem Eintragen von Fehlstunden bzw. Androhen von Verweisen, entscheiden müssen, oder ob der Kontext doch individuell und situationsabhängig beurteilt werden sollte, wird im Folgenden thematisiert. In diesem Sinne werden auch mögliche Einflussfaktoren auf die individuelle Haltung der Lehrer*innen analysiert.

Zu Beginn soll noch einmal auf die gesetzliche Situation hingewiesen werden, dass, da keine weiteren offiziellen Bestimmungen vorliegen, Lehrende an deutschen Schulen verpflichtet sind, im Sinne des Gesetzes zu entscheiden. Per Beamtenstatusgesetz gilt zusätzlich, dass sie im politischen Kontext – und die Thematik kann durchaus als politisch motiviert gedeutet werden – ihre Position gegenüber der Allgemeinheit wahren müssen (vgl. §33 BeamtStG; Wieland 2019). Das allein dürfte für viele als Grundlage reichen, um die Situation zu beurteilen und demnach Konsequenzen für das Fernbleiben einzuleiten. Doch müssen zudem auch subjektive Absichten hinter eventuellen Entscheidungen vermutet werden. Die individuelle Einstellung den Protestierenden gegenüber kann durch Ablehnung ihrer politischen Motivation, einer negativen Haltung einzelnen Schüler*innen gegenüber, oder Unverständnis für die Thematik Klimaschutz allgemein geprägt sein. Bei der Umweltthematik unterscheiden sich Meinungen bereits gesamtgesellschaftlich, sodass annehmbar ist, dass auch Lehrende ihre Meinung darüber in ihren professionellen Alltag einfließen lassen. Neben Einstellungen, die Systematik Klimawandel sei generell wenig relevant, bzw. nicht relevant genug, um dafür eine solche Problemkomplexität entstehen zu lassen, können auch generational egoistische Motive Hintergrund sein. Rein faktisch betrachtet werden die Folgen des Klimawandels gerade ältere Jahrgänge deutlich weniger tangieren. Die soziale Bewegung betont zwar, dass sich ihre Aktionen ausschließlich gegen die Stagnation klimapositiver Entwicklungen auf Seiten der Politik richten und eben nicht gegen Bildungsinstitutionen und Lehrende (vgl. Fridays for Future d 2023), doch in der Praxis beeinflusst die Erscheinung des Schulschwänzens den Berufsalltag der Pädagog*innen potentiell eher negativ. Zwar können geringe Klassengrößen die Vermittlung von Inhalten eventuell einfacher und effektiver gestalten, doch muss das Fehlen von Schüler*innen auch in die Unterrichtsplanung der

Lehrenden miteinbezogen werden. Fraglich ist, ob die Anzahl an Streikteilnehmer*innen konstant ist, oder den Lehrenden in jedem Fall im Voraus mitgeteilt werden. Selbst wenn dieser Sachverhalt transparent gestaltet wird, müssen die Pädagog*innen ihre Didaktik methodisch flexibel halten, um auf eine etwaige Varianz vorbereitet zu sein. Im jeweiligen Fach können auch etwaige Diskussionen anfallen, da von anderen Schüler*innen das unentschuldigte Fernbleiben vielleicht nicht akzeptiert wird. Egal wie die Lehrkraft entscheidet, muss mit Gesprächsstoff gerechnet werden, für den andere Inhalte weniger thematisiert werden können. Auf längere Sicht haben die Mitschüler*innen der Streikenden vermutlich auch Nachteile, da, auch wenn der Stoff pflichtbewusst nachgeholt wird, durch das Fehlen vermutlich Wissenslücken entstehen, die in anderen Einheiten nachgeholt werden müssen. Dadurch muss damit gerechnet werden, dass neuer Schulstoff potentiell vernachlässigt wird und mehr pädagogische Arbeit geleistet werden muss, die Umweltaktivist*innen auf dem Bildungsstand der Klasse zu halten. Ein weiteres Thema, mit dem sich die Lehrer*innen befassen müssen, ist die Art der Leistungsverteilung. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass die Demonstrant*innen an Test- und Klausurtagen anwesend sind oder dafür die Bewertung für nicht erbrachte Leistung akzeptieren, doch können Lehrende spontane Formen der Beurteilung, wie beispielweise mündliche Leistungskontrollen oder Hausaufgabenbewertungen, nicht angewandt werden. Um diese eventuelle Differenz der Anzahl an Noten auszugleichen, müssen Lehrende andere Optionen in Betracht ziehen, wie zusätzliche Prüfungen. Es muss damit gerechnet werden, dass auch in diesem Kontext mit mehr Arbeits- und Organisationsaufwand gerechnet werden kann. Für viele gestresste Pädagog*innen scheinen diese Nebeneffekte des Schulstreiks wohl weniger attraktiv, was die Gesamteinstellung dem gegenüber negativ prägen dürfte. Auch wird oft außer Acht gelassen, dass die gewählte Protestform zwar die politische Ebene zu Handlungen zwingen soll, aber auch im Schulalltag sehen sich Lehrende und leitende Kräfte in der Position, sich damit auseinanderzusetzen. Nicht nur speziell betroffene Lehrer*innen sehen sich im Schulalltag damit konfrontiert, sich mit Kolleg*innen und Lernenden darüber auszutauschen und auf einen gemeinsamen Konsens zu kommen. Pädagog*innen die direkt in der handelnden Position sind, werden nicht in die Entscheidung der Schüler*innen miteinbezogen und befinden sich unfreiwillig in der Situation, Haltung zu beziehen. Dieser Zwang kann durchaus Missfallen der Personen verursachen. Unabhängig, wie sich die Lehrkraft am Ende entscheidet, sie muss diesen Standpunkt vermutlich oft verteidigen und sich selbst rechtfertigen. Gerade für Menschen, die sich allgemein weniger für die ganze Thematik interessieren, kann dies ein entscheidender Faktor dafür sein, diese eher negativ zu bewerten. Ungewiss ist,

inwiefern das Schüler*innen-Lehrer*innenverhältnis unter einer eventuellen Positionierung, beeinträchtigt würde. Pädagog*innen die besonders auf eine enge Beziehung mit ihren Lernenden bedacht sind, könnten die Streiks auch aus taktischen Gründen befürworten.

Grundlegend kann Konfliktpotential wie in diesem Kontext auch in generationellen Unterschieden begründet sein. Generationendifferenz besteht in Unterschieden der eigenen Personengruppe, mit anderen innerhalb derselben Sozietät (vgl. Lüscher/Liegle 2003: 52). Aus oppositionären Einstellungen ergeben sich Generationendiskurse, die auch thematisieren, was als ethisch oder politisch richtig gilt und in Zukunft gestaltet werden sollte (vgl. ebd., S. 43 f.). Der Altersunterschied zwischen einer Vielzahl an Lehrpersonal und den Aktivist*innen von Fridays for Future ist oft nicht unerheblich, sodass derlei Differenzen bezüglich Grundeinstellungen und Fragen über die Relevanz von Klimaschutz nahezu unvermeidbar sind. Die Interaktion zwischen den Generationen und Verständigung auf einer konstruktiven Ebene sind daher unerlässlich, um eine adäquate Bildungsvermittlung gewährleisten zu können. Vom Austausch auf Augenhöhe können nicht nur die Jugendlichen profitieren – auch Lehrkräfte sehen sich in der Position ihre Orientierungen zu hinterfragen und Beweggründe für das Handeln der anderen nachvollziehen zu können (vgl. Edelmann 2011: 289).

Auf dieser Basis können Lehrende dazu bewegt werden, zumindest Verständnis für das Anliegen der Schüler*innen zu entwickeln, was, auch wenn sie ihnen Fehlstunden berechnen müssen, zumindest ein achtenswerter Schritt ist. Viele Lehrkräfte stimmen den Aktivist*innen auch zu, indem sie erklären, dass das zukunftsentscheidende Thema Klimawandel und die Verantwortung künftiger Generationen durchaus mehr ins Gewicht fallen, als das Versäumen von Unterrichtseinheiten (vgl. Lüscher/Liegle 2003: 208). Die uneigennützig-einstellung des Streiks stellt in manchen Augen eine Legitimation des Gesetzesbruchs dar. Ein weiteres Argument, den Schüler*innen diese Ausdrucksform zu ermöglichen, ist das Interesse an deren persönlichen Entwicklung. Man könnte begründen, dass die Jugendbewegung für viele junge Menschen der erste Kontaktpunkt mit Politik ist und sie durch das Beschäftigen mit etwaigen Themen und komplexen Sachverhalten, förderliche Politik- und Demokratiekompetenzen erwerben (vgl. Boscheinen/Bortfeldt 2021: 21 f.; Kenner 2021: 48). Neben bereits erwähntem Bildungspotential in bspw. Persönlichkeitsentwicklung und Debattierfähigkeiten, wären mögliche Selbstwirksamkeitserfahrungen der Schüler*innen förderlich für ihr Zutrauen in demokratische Beteiligungsmöglichkeiten.

Resümierend lässt sich festhalten, dass den Beweggründen und Motivationen für eine Positionierung von Lehrenden multiple Ursachen zugrunde liegen können und eine fortwährende, periodische Selbstreflektion im pädagogischen Alltag unerlässlich ist, um mögliches Fehlverhalten oder Voreingenommenheit prophylaktisch effektiv vermeiden zu können. Unabhängig davon, wie man sich zum Thema Schulstreik und Fridays for Future positioniert, sollte man potentielle Entscheidungen transparent gestalten und Situationen aller Beteiligten, ob Schule, Streikende, Mitschüler*innen oder Kolleg*innen, berücksichtigen.

Fazit

Resümierend lässt sich festhalten, dass diverse gesellschaftliche Gegebenheiten, Sozialmilieu-abhängige Faktoren und auch die Macht medialer Berichterstattung die Bewegung Fridays for Future stark beeinflusst haben.

Wie sich herausstellte nahmen Umwelt- und Klimaproteste im letzten Jahrhundert bereits Fahrt auf und entwickelten sich bis heute zu sehr prägenden Einflussfaktoren auf die Sensibilisierung von Menschen zum Thema Nachhaltigkeit. Bereits zwischen den 60ern und 80ern konnten derlei Demonstrationen viele Menschen mobilisieren, da der Gesellschaft die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels und der Umweltverschmutzung bewusst wurde. Dieses Phänomen wiederholte sich auch in heutigen Entwicklungen: die Folgen des Klimawandels sind mittlerweile kaum noch zu ignorieren – umso lauter werden die Stimmen aus der Bevölkerung, eine politische Wende hin zu einer klimagerechten Zukunft durchzusetzen. Der geschichtliche Kontext gibt Einblick in die Relevanz der Debatte: Menschen protestieren und bewegen ganze Bevölkerungsschichten, wenn gesellschaftlich negative Entwicklungen stattfinden. Die wissenschaftliche Expertise veranschaulichte die zu erwartende Häufung von negativen Umweltereignissen in den nächsten Jahren, was in diesem Kontext auch zu einem Anstieg der Proteste und sozialen Bewegungen, die sich dagegen positionieren, erwartbar macht. Umso wichtiger ist es, dass allgemeingültige Bestimmungen zum Umgang, auch mit minderjährigen Demonstrierenden, beschlossen werden, denn gerade die jüngeren Generationen werden die Folgen der Klimakrise in ihrer Zukunft am meisten zu spüren bekommen. Des Weiteren spiegelt die junge Klimagruppe die Ziele und Werthaltungen der eigenen Generation Z wieder und ist somit Repräsentant einer nahezu gesamten jungen Bevölkerungsgruppe, die sehr engagiert, fordernd und gewillt ist, die politische Landschaft Deutschlands umzugestalten.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Motivation der streikenden Schüler*innen besser nachvollziehen und auch, wieso ihnen der Einsatz für diese Thematik wichtiger ist, als dem Nachkommen der Schulpflicht. Diese Perspektive sollten Lehrende und über die Situation urteilende Menschen versuchen einzunehmen. Natürlich lässt sich niemandem ein Vorwurf machen, wenn die Debatte aus rein rechtlicher Sicht beurteilt und auf die Schulpflicht plädiert wird. Allerdings hat sich auch abgezeichnet, dass die Komplexität der Angelegenheit weitaus umfangreicher ist, als es die Gesetzmäßigkeiten darlegen. In Anbetracht der aktuellsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, bleibt

abzuwarten wie sich Fridays for Future und andere Klimagruppen den neuen Verhältnissen anpasst, um auch in Zukunft Menschen zu motivieren und sensibilisieren.

Quellenverzeichnis

- Boscheinen, Jens/Bortfeldt, Laurens (2021): Umwelt- und Ökologiebewegungen. Ein Überblick, Wiesbaden: Springer Verlag.
- Bünder, Helmut/Geinitz, Christian (2023): Die wichtigsten Fragen und Antworten. Der Streit um Lüzerath, Website, [online] <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/luetzerath-die-wichtigsten-antworten-rund-um-den-konflikt-18592326.html> [abgerufen am 20.01.2023].
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) a: Krieg in der Ukraine, Website, [online] <https://www.bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine/> [abgerufen am 20.01.2023].
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) b: Politischer Protest/ Protestwahl, Website, [online] <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/501218/politischer-protest-protestwahl/> [abgerufen am 07.01.2023].
- Cazzini, Christina (2022): Gemeinsam handeln im Dazwischen. Empirische Aspekte und Impulse zum Politischen Sozialer Arbeit am Beispiel der Jugendbewegung Fridays for Future, in: Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete, Nr. 71, S. 402-408.
- Edelmann, Doris (2011): Aus der Tradition in die Zukunft: Die Aus- und Weiterbildung von Lehrergenerationen im gesellschaftlichen Wandel, in: Thomas Eckert, Aiga von Hippel, Manuela Pietraß, Bernhard Schmidt-Hertha (Hrsg.), Bildung der Generationen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 287-298.
- Edwards, Tamsin (2022): Was geschieht bei einer Erwärmung um 1,5 oder 2 oder 4°C? in: Greta Thunberg (Hrsg.), Das Klimabuch, Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag GmbH, S. 131-135.
- Europäische Kommission: Übereinkommen von Paris, Website, [online] https://climate.ec.europa.eu/eu-action/international-action-climate-change/climate-negotiations/paris-agreement_de [abgerufen am 23.01.2023].

- Fridays for Future a: #StandwithUkraine, Website, [online] <https://fridaysforfuture.de/standwithukraine/> [abgerufen am 20.01.2023].
- Fridays for Future b: Globaler Klimastreik am 3. März 2023, Website, [online] <https://fridaysforfuture.de/globaler-klimastreik/> [abgerufen am 20.01.2023].
- Fridays for Future c: Stand with Ukraine, Website, [online] <https://fridaysforfuture.de/stand-with-ukraine/> [abgerufen am 20.01.2023].
- Fridays for Future d: Über uns, Website, [online] <https://fridaysforfuture.de/about/> [abgerufen am 20.01.2023].
- Fridays for Future e: Unsere Forderungen an die Politik, Website, [online] <https://fridaysforfuture.de/forderungen/> [abgerufen am 23.01.2023].
- Fridays for Future f: Unsere Forderungen für den Klimaschutz, Website, [online] <https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/04/Forderungen-min.pdf> [abgerufen am 23.01.2023].
- Fridays for Future Mecklenburg-Vorpommern (2021): Klimapolitische Forderungen an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern der Legislatur 2021-2026, Website, [online] https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2021/10/Forderungen_FFF_MV.pdf [abgerufen am 23.01.2023].
- Fürstenberg, Maximilian (2022): Wie es „Fridays for Future“ nach zwei Jahren Corona-Pandemie geht, Website, [online] <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/fridays-for-future-corona-pandemie-stadt-land-100.html> [abgerufen am 20.01.2023].
- Gensing, Patrick (2019): Jung, weiblich, verhasst. Feindbild Greta Thunberg, Website, [online] <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/feindbild-greta-thunberg-101.html> [abgerufen am 23.01.2023].
- Giesen, Bernhard (2009): Ungleichzeitigkeit, Erfahrung und der Begriff der Generation, in: Andreas Kraft, Mark Weißhaupt (Hrsg.), Generationen: Erfahrung – Erzählung – Identität, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 191-216.

- Grunert, Cathleen/Krüger, Heinz-Hermann (2011): Jugendliche Biographieverläufe im Generationenvergleich, in: Thomas Eckert, Aiga von Hippel, Manuela Pietraß, Bernhard Schmidt-Hertha (Hrsg.), *Bildung der Generationen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221-236.
- Grupp, Charlotte/Hundertmark, Max/Mandel, Sophie (2020): Freitag ist Streiktag. Die wöchentlichen Fridays for Future-Protestkundgebungen, in: Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 115-130.
- Haunss, Sebastian (2002): Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung im 21. Jahrhundert – kollektive Identität und identitäre Politik, in: Sylke Bartmann, Karin Gille, Sebastian Haunss (Hrsg.), *Kollektives Handeln*, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, S. 13-31.
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Fritz, Lisa (2020): Fridays for Future. Konturen einer neuen Protestbewegung, in: Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 7-14.
- Hurrelmann, Klaus/Albrecht, Erik (2020): Fridays for Future als Sinnbild ihrer Generation, in: Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hrsg.), *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 227-236.
- Kenner, Steve (2021): *Politische Bildung in Aktion. Eine qualitative Studie zur Rekonstruktion von selbstbestimmten Bildungserfahrungen in politischen Jugendinitiativen*, Wiesbaden: Springer Verlag.
- Kultusministerkonferenz (1973): *Zur Stellung des Schülers in der Schule*, Website, [online] https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1973/1973_05_25_Stellung_Schueler.pdf [abgerufen am 25.01.2023].
- Kupper, Patrick (2021): *Umweltgeschichte*, in: Julia Angster, Johannes Paulmann (Hrsg.), *Einführung in die Geschichtswissenschaft. Neuere und neueste Geschichte*, 3. Bd., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Lay-Kumar, Jenny (2019): *Aktivismus zwischen Protest und Gestaltungsraum. Jugendumweltgruppen und ihr Verhältnis zum Klimaschutz*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Letzte Generation: Wer wir sind, Website, [online] <https://letztegeneration.de/wer-wir-sind/> [abgerufen am 25.01.2023].
- Linden, Eugene (2022): Die wahren Kosten des Klimawandels, in: Greta Thunberg (Hrsg.), *Das Klimabuch*, Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag GmbH, S. 208-210.
- Lüscher, Kurt/Liegle, Ludwig (2003): *Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft*, Konstanz: UVK Verlagsgemeinschaft mbH.
- Maarten, Swantje (2020): Klimaschutz mit Abstand. Fridays-for-Future-Kundgebung, Website, [online] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nach-corona-pause-demonstriert-fridays-for-future-wieder-16971193.html?service=printPreview> [abgerufen am 20.01.2023].
- MDR (2019): Dilemma für Eltern und Lehrer: Schulpflicht verbietet Streiks, Website, [online] <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/faq-fridays-for-future-100.html> [abgerufen am 25.01.2023].
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2022): JIM-Studie 2022, Website, [online] http://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2022_Web_final.pdf [abgerufen am 22.01.2023].
- Nover, Sabine Ursula (2009): *Protest und Engagement. Wohin steuert unsere Protestkultur?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Raschke, Joachim (1988): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, 2. Aufl., Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter (2019): *Faszinosum Fridays for Future*, Website, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/300410/faszinosum-fridays-for-future/> [abgerufen am 20.01.2023].
- Rucht, Dieter (1995): Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung, in: *Forschungsjournal NSB*, Jg.8, Nr. 1, S. 9-23.

- Rucht, Dieter/Rink, Dieter (2020): Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future. Ein Blick hinter die Kulissen, in: Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hrsg.), Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld: transcript Verlag, S. 95-114.
- Schirmer, Sophia/Kainz, Constance/Blickle, Paul (2019): Greta Thunberg: Am Anfang saß ein Mädchen auf der Straße, Website, [online] https://www.zeit.de/campus/2019-08/greta-thunberg-klimaschutz-aktivistin-fridays-for-future?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.ecosia.org%2F [abgerufen am 19.01.2023].
- Schneider, Gerd/Toyka-Seid, Christiane: Fridays for Future, Website, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320328/fridays-for-future/> [abgerufen am 20.01.2023].
- Sommer, Moritz/Haunss, Sebastian/Gardner, Beth Gharrity/Neuber, Michael/Rucht, Dieter (2020): Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019, in: Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hrsg.), Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld: transcript Verlag, S. 15-66.
- Teune, Simon (2020): Schulstreik. Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam, in: Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hrsg.), Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld: transcript Verlag, S. 131-146.
- Theurer, Jochen (2022): Klimaschutz und Gewalt. Wann sich Aktivisten strafbar machen und wie wir die Welt wirklich retten, Wiesbaden: Springer Verlag.
- Unterberg, Swantje (2019): Dürfen Schüler in der Unterrichtszeit demonstrieren? Schulstreik fürs Klima, Website, [online] <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/schulstreik-fuers-klima-duerfen-schueler-waehrend-des-unterrichts-demonstrieren-a-1248697.html> [abgerufen am 25.01.2023].
- Wieland, Joachim (2019): Was man sagen darf: Mythos Neutralität in Schule und Unterricht, Website, [online] <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/292674/was-man-sagen-darf-mythos-neutralitaet-in-schule-und-unterricht/> [abgerufen am 25.01.2023].

Wrase, Michael (2020): Wie politisch dürfen Lehrkräfte sein? Rechtliche Rahmenbedingungen und Perspektiven, Website, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/306955/wie-politisch-duerfen-lehrkraefte-sein/> [abgerufen am 27.01.2023].

Wuppertal Institut (2020): CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze, 2. Aufl., Website, [online] https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf [abgerufen am 23.01.2023].

ZDFheute (2021): Klimakampf ohne Kompromisse. Greta Thunberg wird 18, Website, [online] <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/greta-thunberg-portrait-102.html> [abgerufen am 23.01.2023].

ZDFheute (2022): Welche Kraft hat Fridays for Future derzeit? Globaler Klimastreik, Website, [online] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klimastreik-fridays-for-future-100.html> [abgerufen am 20.01.2023].